Einzelpreis 15 Pfg. • 2. Jahrgang | Mittwoch, den 9. Juli 1919 | Nummer 321 ✶ Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— M., bei Zustellung unter Streifband 5,— M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,50 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Bürger drohen mit der Hungerpeitsche.

Der Bürgerrat wünscht militärische Maßnahmen.

Der Berliner Bürgerrat ließ gestern morgen durch riesige Plakate, die an allen Säulen prangten, die Aufforderung an die Bürgerschaft ergehen, in Versammlungen gegen den Berliner Verkehrsstreik zu protestieren. Der Protest soll sich aber nicht etwa gegen das Unternehmertum richten, das bisher alle Verhandlungsversuche scheitern ließ, sondern allein gegen die streikenden Angestellten. Der Bürgerrat versteigt sich sogar zu der Dreistigkeit, die Verwaltungen aufzufordern, die Streikenden durch ein Ultimatum zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Wer bis zu einer gewissen Frist dieser Aufforderung nicht nachgekommen sei, müsse entlassen werden. Arbeitswillige Ingenieure und Techniker würden jederzeit bereit sein, den Betrieb wieder in Gang zu bringn. Es müsse dabei zwar mit einer Verlängerung der Verkehrsnot gerechnet werden, aber diesen Zustand müsse man willig in den Kauf nehmen, weil den „Rechtsbrechern" unter keinen Umständen nachgegeben werden dürfe. Um seinen finsteren Anschlägen auf das Koalitionsrecht mehr Nachdruck zu verleihen, hat der Bürgerrat an den Reichswehrminister Noske noch folgendes Telegramm gerichtet:

Reichswehrminister Noske, Weimar. Der weiterandauernde Straßenbahnerstreik droht in Berlin katastrophale Folgen zu zeitigen. Wir empfehlen, durch freiwillig einzustellende Ingenieure und Techniker einen Teil der Bahn wieder in Betrieb zu setzen, dieselben durch militärische Maßnahmen zu sichern, alsdann dahin zu wirken, daß den Streikenden ein Ultimatum gestellt wird, mit der Maßgabe, daß nach Ablauf desselben Nichtarbeitswillige entlassen werden und durch neue Angestellte ersetzt werden.

Der Anschlag entspricht durchaus der reaktionären Gesinnung des Berliner Bürgerrats. Er hat bezeichnenderweise das Telegramm nicht an den Reichsarbeitsminister gerichtet, der für Beilegung wirtschaftlicher Konflikte in erster Linie in Frage kommt, sondern ausgerechnet an Herrn Noske. Wir glauben aber, daß gerade Herr Noske der ungeeignetste Mann ist, das Berliner Verkehrselend zu beheben. Militärische Maßnahmen würden zu Zuständen führen, die nur ein verbohrter Gegner der Arbeiterschaft herbeiwünschen kann. Selbst das rechtssozialistische Mitglied des Vollzugsrats Büchel hält den Aufruf des Bürgerrats, den Angestellten ein Ultimatum zu stellen, für höchst ungeeignet, die bestehenden Gegensätze auszugleichen, es sei viel eher dazu angetan, diese Gegensätze noch zu vertiefen.

Darum wiederholen wir noch einmal, was von uns an dieser Stelle schon Tag für Tag gesagt worden ist: Nur auf dem Wege der sofortigen Verhandlungen kommen wir aus dem Verkehrselend heraus. Schlimm genug, daß die Regierung die Partei der Unternehmer ergreift, statt sie zu zwingen, den Konflikt im Verein mit den streikenden Angestellten endlich beizulegen.

Der Eisenbahnerstreik im Reich.

Ueber den Eisenbahnerstreik im Reich liegen nur wenige Meldungen vor. Der Streik scheint dennoch fast überall erloschen zu sein. Aus Hamburg wird berichtet:

Die Vertreterversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die heute nachmittag 2 Uhr ihre gestern abend abgebrochenen Beratungen wieder aufgenommen hat, nahm nach fünfstündiger lebhafter Auseinandersetzung folgende Entschließung an:

Die heutige Funktionärversammlung des D. E. V. erklärt nach dem Abstimmungsergebnis und den Berichten aus der Provinz Abstand zu nehmen von einem örtlichen Streik. Sie empfiehlt dringend den bereits im Ausstand befindlichen Kollegen umgehend die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie verlangt, daß der Hauptvorstand unverzüglich die Verhandlungen mit dem Ministerium aufnimmt und die Eisenbahnerforderungen zu gegebener Zeit zentral durchführt. Die Vorbereitungen hierzu sind sofort zu treffen. Die Abstimmung erfolgte in Anwesenheit von 147 Vertrauensleuten mit 184 für und mit 7 gegen die Entschließung bei 6 Stimmenthaltungen.

Zu der weiteren Bewegung der Eisenbahner ist zu bemerken, daß die Betriebswerkstätten Ohlsdorf heute die Arbeit eingestellt hat. Die Einstellung ist erfolgt ohne Zutun des Verbandes und der Vertrauensleute. Die Betriebswerkstatt Hamburg E hat heute mittag die Arbeit niedergelegt mit der Begründung, daß sie für Harburg Streikarbeit leisten sollte. Das endgültige Ergebnis der schon gemeldeten Ur-Abstimmung ist folgendes: Es wurden insgesamt 11 780 Stimmen abgegeben, davon 6633 für und 4423 gegen den Streik, 105 Stimmen waren ungültig, 619 hatten sich der Stimme enthalten. Nach Maßgabe des Verbandsstatuts bedarf es zur Herbeiführung der Arbeitsniederlegung einer Dreiviertel-Mehrheit.

Kattowitz, 8. Juli.

Nach Mitteilung der Pressestelle sind auf Bahnhof Tarnowitz die Eisenbahner ausständig; sie fordern die Lohnsätze einer höheren Teuerungszone; Verhandlungen sind sofort angeknüpft. Augenblicklich ist der Verkehr Tarnowitz—Oppeln, Tarnowitz—Kreutzburg und Tarnowitz—Beuthen gesperrt. Die Streikleitung will für die Milchbeförderung Sorge tragen.

Die Bankbeamten lehnen den Schiedsspruch ab.

Marx verhaftet.

In der Versammlung des Allgemeinen Bankbeamten-Vereins im Lehrer-Vereinshaus wurde gestern abend Stellung zum Schiedsspruch genommen. Nach einer ausführlichen Rede von Marx nahm die Versammlung eine Resolution an, die den Schiedsspruch als Provokation bezeichnet und den Betriebsversammlungen die Ablehnung empfiehlt. Große Bewegung rief es hervor, als plötzlich Emonts auftrat und eine kurze Ansprache an die Versammlung hielt, in der er die Bankbeamten aufforderte, fest auf ihren berechtigten Forderungen zu beharren. Die Rede Emonts fand stürmischen Beifall.

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns noch mitgeteilt, daß der Führer der Bankbeamten und Mitglied des Vollzugsrats Marx gestern abend ¾11 Uhr, als er das Dienstgebäude des Vollzugsrats verlassen wollte, von zwei Kriminalbeamten und einen Soldaten verhaftet worden ist.

Streiks in Elsaß-Lothringen.

Bern, 8. Juli.

Der Basler „Vorwärts" erfährt aus Mülhausen, daß aus wirtschaftlichen Gründen in Mülhausen, Colmar, Straßburg und Metz besonders bei den Elektrizitätsarbeitern, ferner in den elsaß-lothringischen Erz- und Kohlengruben und im Rheinischen Industriegebiete dauernd Ausstände herrschen und die gewerkschaftlichen Verbände Arbeiter und Angestellte zur Unterstützung der Ausständigen auffordern. Die französischen Gewerkschaftler hätten bisher keinerlei Geldunterstützung bewilligt und auf wiederholte Bitten geantwortet, die französischen Gewerkschaften hätten für Streikunterstützung kein Geld. Infolgedessen sei der früheren Begeisterung für die französischen Gewerkschaften eine starke Ernüchterung gefolgt.

Zwei Arten von Gerichtshöfen.

Amsterdam, 8. Juli.

In der „Times" vom 5. Juli schreibt der parlamentarische Korrespondent:

Es werden zwei Arten von Militär-Gerichtshöfen eingesetzt, die Personen, die Verbrechen gegen Angehörige eines der alliierten Länder angeklagt sind, werden vor die Militärgerichtshöfe dieser Macht gestellt werden. Personen, die Verbrechen gegen die Angehörigen mehrerer Länder der Alliierten beschuldigt werden, werden vor gemischte, aus Mitgliedern der Militärgerichtshöfe der betreffenden Mächte zusammengestellte Militärgerichtshöfe kommen. Jeder Angeklagte wird das Recht haben, seine Verteidiger zu wählen. Dem britischen Gerichtshof wird man freistellen, auch in Frankreich oder Flandern wegen der dort ansässigen Zeugen Sitzungen abzuhalten. Der interalliierte Militärgerichtshof wird seinen Sitz wahrscheinlich in Paris haben.

Die Verhältniswahl in Frankreich.

Versailles, 8. Juli.

Die Kammer nahm gestern mit 331 gegen 121 Stimmen die Wahlreform nach dem vom Senat abgeänderten Text an, durch die die Listenabstimmung mit Verhältniswahl eingeführt wird. Als Wahlbezirke gelten die Departements.

Das Ende der deutschen Ostseepolitik.

Eine amtliche Meldung hat gestern früh von der Räumung Rigas von den deutschen Truppen Mitteilung gemacht. Nach kaum sechswöchiger Herrschaft über die unglückliche Stadt haben die deutschen Machthaber, die triumphierend in die Hauptstadt des Baltikums eingezogen waren, das Abenteuer liquidieren müssen, das sie in unseliger Verblendung angezettelt hatten.

Gleich nach der Eroberung Rigas, die unter dem humanitären Mäntelchen der „Befreiung" der örtlichen Bevölkerung von den bolschewistischen Machthabern vorgenommen wurde, bezeichneten wir diesen Vorstoß als ein „neues Glied in der Kette jener brutalen Raubpolitik, die in den letzten Monaten von den deutsch-baltischen Junkern und der ihnen verbündeten Reichsregierung in Lettland betrieben" wurde. Schon Wochen vorher hatten wir einen fortgesetzten Kampf gegen die unglückselige Politik geführt, die unter der Führung des neuernannten Generalgouverneurs von der Goltz, des Vertrauensmannes der militärischen Kamarilla und der deutsch-baltischen Junker, und unter dem Protektorat des Reichswehrministers Noske und des deutschen Gesandten A. Winnig in den Ostseeprovinzen eingeleitet worden war. Schritt auf Schritt hatten wir, als einziges Berliner Blatt, alle Phasen dieser verbrecherischen Politik verfolgt, die raffinierten Lügen und Fälschungen der amtlichen Stellen, die in der sattsam bekannten Manier der Kriegspressеämter die Oeffentlichkeit zu betrügen suchten, aufgedeckt und eindringlich vor den internationalen Komplikationen und dem Aufstand der örtlichen Bevölkerung gegen die deutschen Machthaber gewarnt, die die Folge der baltischen Politik sein würden.

Die Beseitigung des Libauer Soldatenrats, der Sturz der rechtmäßigen lettländischen Regierung am 16. April, die Komödie der Strohmänner-Regierung Needra-v. Brümmer, die blutige Diktatur des „Finnlandshelden" von der Goltz, der Vorstoß gegen Riga und Nordlivland, die Maskerade der reichsdeutschen Truppen, die sich plötzlich in „lettische" Truppen verwandelten, die Blutherrschaft in Riga, die immer schärfer werdenden Kämpfe mit der lettischen und estnischen Bevölkerung, die schließlich zu einer Reihe von Schlachten führten —, alle diese Etappen der unglückseligen Ostseepolitik der deutschen Republik, über deren Charakter die Oeffentlichkeit dauernd irregeführt wurde, zogen in ihrer tragischen Verkettung in den letzten Monaten an uns vorüber.

Schon Anfang Mai, anläßlich der Verhandlungen des Friedensausschusses der Nationalversammlung, konnten sich die leitenden politischen Kreise der Einsicht nicht mehr verschließen, daß die gesamte Ostpolitik einer Katastrophe zusteuere, und daß Deutschland, dank dem Vorgehen des Grafen von der Goltz, Noskes und Winnigs, in den baltischen Ländern tatsächlich vor einem Scherbenhügel stehe. Damals desavouierte bekanntlich der Abgeordnete Krätzig, ein Parteigenosse Noskes, der gemeinsam mit ihm noch Kurland gereist war, dessen Politik. Doch das Verhängnis nahm trotzdem seinen Lauf. Und noch zwei Wochen nach dieser denkwürdigen Sitzung war der Einfluß der baltischen Junker in den Berliner Regierungsstellen und bei den reichsdeutschen Truppen in Kurland so stark, daß der Vorstoß gegen Riga unternommen werden konnte, der jetzt mit einer Katastrophe für das baltische Deutschtum wie für die deutsche Politik geendet hat.

Erst jetzt wissen wir aber auch, auf welcher Grundlage sich diese Politik abgespielt hat. Vor wenigen Tagen hat die „Tägl. Rundschau" in Nr 310 vom 29. Juni ausgeplaudert, daß neben den zwei Plänen der Absonderung des deutschen Ostens, die von den alldeutschen Hochverrätern gehegt wurden, noch ein dritter Plan bestand, um im Osten „zu retten, was zu retten sei". Dieser Plan bestand darin, „Ostpreußen mit den baltischen Landen zu einem Föderativstaat zusammenzuschließen." Baltische Kreise machten in Ostpreußen für diese Idee lebhafte Propaganda und versuchten auch Litauen für einen Anschluß an eine derartige großbaltische Föderation zu gewinnen. Das also war des Pudels Kern. Man zerstörte die Ansätze freundschaftlicher Beziehungen, die durch die deutschen Soldatenräte in den ersten Monaten der Revolution in Kurland geschaffen worden waren; man stürzte die rechtmäßige

Regierung und half den baltischen Junkern und den lettischen Reaktionären in den Sattel, um einerseits den Großgrundbesitz vor der drohenden Agrarreform zu schützen und andererseits einen Exerzierplatz für die deutsche Konterrevolution und einen Stützpunkt für außenpolitische Abenteuer in den Ostseeländern zu schaffen.

Diesem Phantom sind die Lebensinteressen des deutschen Volkes und die Zukunft des Deutschtums im Baltikum selbst zum Opfer gebracht worden. Wer auch nur eine leise Ahnung von den Verhältnissen in den Ostseeländern hatte, mußte sich sagen, daß diese irrsinnige Politik mit einem Zusammenbruch enden müsse, da sie die einheimische lettische und esthnische Bevölkerung, ja auch die demokratischen Elemente unter den Deutschen selbst gegen die neue deutsche Invasion aufstacheln, die strategische und politische Lage im Osten gefährden und die allgemeine internationale Stellung Deutschlands, namentlich im Hinblick auf die schwebenden Friedensverhandlungen, auf das äußerste schädigen müßten.

Doch die „zuständigen Stellen" in Berlin, in denen der Einfluß der deutsch-baltischen Junker schon in der Kriegszeit die unheilvollsten Pläne gezeitigt hatte, trieben wie besessen ihre abenteuerliche Interventionspolitik zugunsten der deutsch-baltischen Junker und der deutschen Kolonisationspläne in den Ostseeländern weiter fort, und die Regierung Scheidemann war taub und blind für alle Mahnungen und Warnungen, die in reichlichem Maße an sie gerichtet wurden. Ihr Vertrauensmann Winnig war ebenso wie die militärischen Befehlshaber im Osten dem Einfluß der baltischen Junker verfallen, die sich als die Träger der deutschen „Kultur", als die wichtigsten Stützpunkte des Deutschtums ausgaben, in Wirklichkeit aber nur ihre nackten Profitinteressen verfolgten und die deutsche Republik ebenso für ihre Zwecke mißbrauchten wie früher den russischen Zarismus und während des Krieges das deutsche Auswärtige Amt. Noch vor wenigen Tagen sang dieser selbe Winnig in der Nationalversammlung ein Loblied auf die baltischen Junker, das vollkommen im Einklang stand mit der junkerfreundlichen, nationalistischen Politik, die dieser Gewerkschaftsbureaukrat, der keine Ahnung von der äußeren Politik hat, im Osten betrieb.

Die eigentlichen Drahtzieher dieser Politik saßen jedoch in Berlin. Von hier aus wurden die umfassenden Werbungen betrieben, die dem Häuflein deutsch-baltischer Junkersöhne in Offiziersuniformen das zur Eroberung Lettlands erforderliche Menschenfleisch zuführen sollte. Von hier aus wurden auch die Fäden gesponnen, die das Unternehmen zugunsten des baltischen Großgrundbesitzes mit den Vorbereitungen der konterrevolutionären Generäle im Osten und mit den Absonderungsbestrebungen der feudalen Gründer eines großbaltischen Föderativstaates verknüpften. An Mitteln fehlte es diesen hochgestellten Verschwörern nicht, denn der gesamte behördliche und militärische Apparat stand diesen Leuten zur Verfügung.

Im Lichte dieser Bestrebungen tritt die ganze Erbärmlichkeit und Schwäche der scheinsozialistischen Regierung in den Fragen der Ostpolitik klar zutage. Am 31. Mai hatte sich der rechtssozialistische Parteivorstand unter dem Druck der zunehmenden Empörung der Arbeiterschaft und der fortgesetzten Proteste der lettischen Sozialdemokratie endlich dazu bequemt, die Abberufung des Grafen von der Goltz und die Lösung jeder Verbindung der im Baltikum stehenden deutschen Truppen mit der baltischen Landeswehr zu fordern. Kurz danach machte sich auch die rechtssozialistische Fraktion der Nationalversammlung diese Forderung zu eigen. Doch die Regierung und die herrschenden Militärs pfiffen auf diese Beschlüsse. Noch jetzt steht Graf von der Goltz, der vor wenigen Tagen das Standrecht über Riga verhängte, an der Spitze der deutschen Militärmacht im Baltikum; noch jetzt mußten Hunderte deutscher Arbeiter und Bauern, die durch das Versprechen hoher Prämien für getötete „Bolschewisten" und späterer Ansiedlung auf dem Lande nach dem Baltikum gelockt worden waren, ihr Leben lassen für die Interessen der deutsch-baltischen Katastrophenpolitiker. Mit Lug und Trug ist der rechtssozialistische Parteitag auch in dieser Frage abgespeist worden; doch nur allzu willig ließ sich die große Mehrzahl der Parteitagsdelegierten einlullen durch die falschen Behauptungen und Zusicherungen, die die Regierungsmitglieder in der Frage der deutschen Truppenmacht im Osten und der Liquidation des baltischen Abenteuers gaben.

Diese Liquidation ist nun, soweit die Hauptstädte des Baltikums in Betracht kommen, unter den schmählichsten Bedingungen erfolgt. Doch damit ist das Abenteuer noch keineswegs zu Ende. Die baltischen Junker sind zähe und lassen ihre Beute nicht so leicht fahren. Noch stehen Zehntausende von deutschen Soldaten in Kurland. Ihr Abmarsch wird unter allerhand Vorwänden, unter der Vorgabe, daß sie in den lettischen Untertanenverband übergetreten seien, daß die deutsche Regierung noch Macht über sie habe usw. in die Länge gezogen. Inzwischen aber suchen die deutsch-baltischen Junkersöhne und ihre reichsdeutschen Standesgenossen Anknüpfungspunkte mit den unter dem Schutz der Entente in Kurland aufgetauchten weißen Garden des Admirals Koltschak. Wir wiesen schon in unserer Abendausgabe vom 2. Juli darauf hin, daß die baltischen Junkersöhne jetzt zu Dutzenden aus der deutsch-baltischen Landeswehr austreten und in das Armeekorps des Fürsten Lieven, das einen Teil der russischen konterrevolutionären Armee bildet, übertreten. Wir wiesen auch darauf hin, daß diese Lievensche Abteilung eine Werbestelle in Berlin besaß und von der deutschen Regierung Geldmittel bezog. Wir verlangten Auskunft vom Reichswehrminister Noske, was alle diese Dinge zu bedeuten hätten, welche Funktionen die Gehilfen des Fürsten Lieven, Leutnant Bellegarde und Rittmeister Rosenberg, hier ausübten und in wessen Auftrag Oberst Bernhard nach Mitau abgereist sei. Auf alle diese Fragen haben wir im Verlauf einer Woche keine Antwort erhalten. Inzwischen mehren sich aber in der konservativen Presse die Stimmen, die immer deutlicher darauf hinweisen, daß Deutschlands Zukunft in Rußland liege, aber nicht in dem Rußland der Revolution, sondern in dem Rußland Koltschaks und Denikins, der Hauptstützen der junkerlich-bürgerlichen Konterrevolution.

Diese Anzeichen der Annäherung zwischen der deutschen und der russischen Konterrevolution verdienen ernsteste Beachtung. Die alldeutsch-konservativen Katastrophenpolitiker und all das Gesindel, das ihnen Gefolgschaft leistet, geben ihr Spiel nicht verloren. Sie haben zwar die Zukunft des Deutschtums in den Ostseeprovinzen ebenso zugrunde gerichtet wie Deutschland selbst. Aber noch immer hoffen sie, daß ihnen vom Osten das Licht kommen werde. Noch immer spekulieren sie darauf, daß sie Hand in Hand mit den russischen Konterrevolutionären, mit dem bankrotten Kapitalisten und Großgrundbesitzern festen Fuß im Osten fassen würden, um dort Ersatz für die verlorenen Kolonien, für den verlorenen Einfluß in der Weltpolitik zu finden und dann wieder den Siegeszug gen Westen anzutreten. An der deutschen Arbeiterklasse ist es, auch diese Hoffnungen des bankrotten deutschen Imperialismus gründlich zu Schanden zu machen.

Wer schweigt?

Fragen und Antworten.

Mit reichlicher Verspätung antwortet der „Vorwärts" auf unsere Feststellungen in der Montag-Morgenausgabe. Allerdings nur mit der Methode, die seit langem seine Diskussionen auszeichnet, nämlich indem er den Gegenstand der Diskussion verschiebt und wie ein Tintenfisch die Spuren zu trüben sucht. Aber das alles wird dem „Vorwärts" wenig helfen. Sein hartnäckiges Schweigen über die Tatsache, daß die Regierung seit Januar eine „ausgezeichnete Spitzelorganisation" besitzt, wie der berufene Vertreter der Reichsregierung in einer Pressesitzung ausdrücklich erklärt hat, bestätigt ebenso unsere Angaben, wie die Tatsache, daß auch die sonst von uns gemachten Angaben bisher in keiner Weise zu bestreiten gesucht worden sind.

Wir stellen deshalb erneut fest:

1. daß die Garde-Schützen-Kavallerie-Division mit Wissen der Regierung und mit den Mitteln der Allgemeinheit eine umfangreiche Spitzelorganisation geschaffen hat, deren hauptsächlichster Träger gegenwärtig das Bureau Kreusch, Burgstraße 28, ist;

2. daß neben diesem Bureau eine Reihe von weiteren bestehen, die ebenfalls in enger Verbindung mit der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und der Regierung stehen und deren Tätigkeit eine lange Reihe von Gesetzlosigkeiten und von Schlimmerem zur Last gelegt werden;

3. daß diese Bureaus, bzw. ihre Angestellten, Nachrichten selbst fabrizieren, wie das im Wesen jeder Spitzeltätigkeit begründet ist, und daß, wie im Ledebour-Prozeß und anderen politischen Prozessen bewiesen wurde, diese dunklen Elemente provokatorische Handlungen begangen haben, zu dem Zweck, den äußeren Vorwand für ein gewaltsames Einschreiten der Regierung zu schaffen;

4. ist unbestritten, daß diese Tätigkeit kapitalistischen Kreisen so wertvoll erscheint, daß sie für diesen Zweck ständig große Mittel gewähren.

Auf alle diese Feststellungen antwortet der „Vorwärts" ebensowenig, wie auf die Feststellung von Gerlachs, es sei „eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn jetzt offiziöse Meldungen unter überreichlichem Aufgebot von Schimpfworten, gegen die Unabhängigen die Verwendung von Spitzeln zu bestreiten suchen".

Statt dessen überschüttet uns der „Vorwärts" in den letzten Tagen mit Fragen, über deren Ursprung wir uns anfangs im unklaren befanden: wir wußten nicht, ob sie ein Erzeugnis der jetzt einsetzenden Hundstagshitze oder der angeborenen Anmaßung der „Vorwärts"-Redakteure sind. Da der „Vorwärts" auch gestern die Fragen wiederholt und noch durch eine neue ergänzt hat, müssen wir annehmen, daß die zunehmende Hitze die Zahl der Fragen dauernd vergrößern wird. Wir beeilen uns daher, der Qual der unglückseligen „Vorwärts"-Redakteure ein Ende zu machen, die sonst in die Fragewut verfallen könnten und damit ihren Regierungsfreunden manche qualvolle Stunde bereiten würden.

Frage 1: Ob wir erklären wollten, daß nirgends in Deutschland, wenn auch nicht von bestimmten Parteien ausgehend, geheime Verschwörungen mit dem Ziel bewaffneter Erhebung bestünden? — Verschwörungen bestehen zweifellos, doch kann der „Vorwärts" die genauen Pläne dieser Verschwörung viel leichter als wir vom Korps Lüttwitz oder von irgendeiner anderen Zentrale der putschlüsternen Offizierskamarilla erhalten.

Frage 2: Ob wir erklären wollten, daß es keine unabhängigen und kommunistischen Spitzel in Regierungsstellen und bei Truppenteilen gibt? — Da bekanntlich die Regierung mit Vorliebe ihre Beamten und Offiziere den Reihen der Unabhängigen und Kommunistischen Partei entnimmt, ist ihre Zahl riesengroß und wächst mit jedem Tage.

Frage 3: Ob wir erklären wollten, daß für Informationen aus dem Edenhotel dem Ueberbringer nicht gezahlt worden sei? — Das ganze Edenhotel, d. h. die Zentrale der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, wird bekanntlich aus den Mitteln der Unabhängigen Sozialdemokratie unterhalten, die diese Truppe zu ihrem Schutz ins Leben gerufen hat und dauernd aus den zu ihrer Verfügung stehenden Milliarden unterhält. Mithin steht auch der ganze Spitzelapparat der Garde-Kavallerie-Schützen-Division im Dienst der Unabhängigen Partei und der „Freiheit"!

Hoffentlich sind die unglücklichen „Vorwärts"-Redakteure nun von ihrem Albdruck befreit.

Deutsch-polnische Annäherung.

Politische Amnestie im Osten.

Thorn, 7. Juli.

Dank den Verhandlungen des Bromberger deutschen und polnischen Volksrats mit dem obersten polnischen Volksrat in Posen sind die Internierungen, welche in der letzten Zeit namentlich in der Stadt Posen in bedenklichem Umfange bei den Deutschen vorgenommen und als polnische Gegenmaßnahmen gegen die Internierung von Polen in Oberschlesien durch Deutsche bezeichnet wurden, eingestellt worden. Die bisher Internierten werden freigelassen, vorausgesetzt, daß deutscherseits gleichfalls die Internierten freigegeben werden. Für alle diejenigen, die als Führer des Deutschtums in den letzten Monaten hervorgetreten sind, ist eine politische Amnestie vorgesehen. Auch Ansiedlern, welche aus dem besetzten Gebiet stammend, die Waffen zum Kampfe gegen Polen ergriffen hatten, ist volle Straffreiheit gesichert. Sie können unbeschadet auf ihre Scholle zurückkehren. Alle Pachtverträge, auch die der Domänenpächter, werden weiter Geltung behalten. Es schweben zur Zeit, mit voller Aussicht auf Erfolg, Verhandlungen, wonach diejenigen Ansiedler und Beamten, die nach dem 1. Januar 1908 nach Posen und Westpreußen gekommen sind, in allen ihren Rechten bezw. in ihrem Besitztum bleiben. Der Austausch der Kriegsgefangenen wird vorbereitet. Politisch bereits Abgeurteilte werden begnadigt und gegen Deutsche im besetzten Gebiet Kopf um Kopf ausgetauscht, sobald die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Gegenseitigkeit zu erkennen gegeben haben wird. Die deutschen Volksräte werden ausdrücklich anerkannt.

Die vorstehende offiziöse Mitteilung beweist, wie verlogen die bisher in der Presse verbreiteten Nachrichten über angebliche Vergewaltigungspläne der Polen waren. Ihr Zweck war lediglich, die nationalistischen Leidenschaften anzustacheln, Verwirrung und Komplikationen zu schaffen, die den gegenrevolutionären Hetzern dienen sollten. Erfreulicherweise bricht sich aber die nüchterne Erkenntnis des politisch Notwendigen auch in den Ostprovinzen Bahn, und zwar sowohl bei den Deutschen wie bei den Polen, die — wie sich auch die Grenzregelung gestalten sollte — aufeinander angewiesen sind. Von der Regierung und ihren örtlichen Organen hängt es in hohem Maße ab, diese Verständigungs- und Versöhnungspolitik zu fördern, die sowohl den Treibereien der alldeutschen Revanchepolitiker wie dem Nationalismus und Imperialismus einzelner polnischer Parteien das Wasser abgraben muß.

Lügen.

Mehr noch als die Sensationshascherei der bürgerlichen Presse ist es ihr Haß gegen die Arbeiterbewegung, der täglich einen Wust von Lügen entstehen läßt, den in jedem Fall zu widerlegen eine unmögliche Aufgabe ist, besonders da sie gegenwärtig allein der Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie obliegt. Aber an zwei Beispielen, in denen die Lügenmeldungen selbst bürgerlichen und halbsozialistischen Organen zu frech sind, wollen wir dieses Treiben doch einmal etwas näher beleuchten.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß eine Güterhalle in Bebra in Brand stehe. Flugs war das amtliche Wolff-Bureau mit der Meldung zur Hand, es liege bei dem „Bahnhofsbrand die Vermutung nahe, daß es sich um eine Brandstiftung durch Spartakisten handle". Was hier Vermutung war, war für andere Blätter natürlich sofort Tatsache, und so begann denn neben der Entsendung von Nosketruppen nach Bebra eine ungeheure Hetze gegen die Eisenbahner. Aber da alles Gerede über beabsichtigte Brandstiftung Schwindel ist, sind in diesem Fall selbst die „B. P. N." genötigt, folgende Richtigstellung zu veröffentlichen:

„Die Nachricht eines Berliner Blattes, wonach es sich bei dem Brand in Bebra um eine Brandstiftung handle, sind mindestens verfrüht. Nach unseren Informationen ist die Untersuchung darüber noch nicht abgeschlossen, ob wirklich ein verbrecherischer Anschlag vorliegt oder ob es sich nur um einen Zufall handelt."

Der andere Fall wird vollkommen klargestellt durch die folgende Notiz der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 3. Juli. Sie lautet:

Wie ungeheuerlich unverantwortlich, leichtfertig falsche Nachrichten entstehen, und leider auch von der auswärtigen Presse verbreitet werden, zeigt nachstehende Meldung des Berliner „Lokalanzeigers":

„Die Gärung in München soll so wachsen, daß mit einem Aufstand gerechnet werden müße. Vorgestern sei ein Anschlag der Kommunisten auf die Schulkaserne noch vereitelt worden. Die Einwohnerwehr sei ihrer Aufgabe nicht gewachsen."

Tatsächlich hat sich in München nicht das geringste ereignet. Es ist aber bedenklich und im höchsten Grade bedauerlich, daß auswärtige Blätter solche falsche Nachrichten annehmen und sie ohne Nachprüfung lediglich der Sensation halber dem Publikum auftischen."

Leider ist es nicht nur Sensation, was die bürgerliche Presse bewegt, solche Nachrichten zu verbreiten, sondern Haß gegen die Arbeiter und mehr noch die Tätigkeit der zahlreichen Lockspitzelbureaus, die von der Regierung mit den Mitteln der Allgemeinheit ausgehalten werden.

Deutscher und Ententemilitarismus.

Während der „Vorwärts" und seine Leute täglich den Mund aufreißen, daß wir das freieste Land der Welt sind und keinen Militarismus mehr haben, können wir in Berlin ganz hübsche Studien über den Entente-Militarismus und den unseren machen. Es wimmelt jetzt hier von Entente-Offizieren und Soldaten. Ist schon jemals einer von ihnen bewaffnet auf der Straße gesehen worden? Schon vor dem Krieg war die englische Armee das Gespött unserer Festedruff-Schreier, weil die englischen Offiziere außerhalb des Dienstes keine Mordmesser trugen, sondern als zivilisierte Menschen auftraten, mit oder ohne Spazierstock. Trotzdem die Entente nun infolge unseres Angriffskrieges zu einem Militarismus gekommen ist, hat dieser Militarismus die Manieren eines gesitteten, freien Volkes behalten. Bei uns ist der Militarismus geschlagen und blamiert und trotzdem kann er sich nicht entschließen, seine Rüstung wenigstens außerhalb des Dienstes abzulegen. Im Gegenteil, es ist schlimmer geworden. Früher trugen die Herren Offiziere Säbel, jetzt laufen sie mit Säbeln, Dolchen, dicken Revolvertaschen und anderen widerlichen, nach Blut riechenden Mordstücken spazieren. Dabei sind die Entente-Offiziere im sogenannten Feindesland und hätten eine Ausrede dafür, Waffen zu tragen! Aber sie treten überall bescheiden auf, ohne Waffen, ohne Orden, ohne militaristischen Plunder. Man sage nicht, daß das eine Aeußerlichkeit ist. Es ist vielmehr eine Innerlichkeit. Bei der Entente dient der Militarismus dem Volke. Hier herrscht er, fuchtelt harmlosen Spaziergängern mit Mordwaffen unter der Nase und zeigt auch dadurch, wie weit wir noch selbst hinter einer Monarchie wie England an wirklicher Freiheit und an Antimilitarismus zurückstehen.

Das Blutvergießen in Hannover.

Gegenüber der in unserer gestrigen Abendausgabe wiedergegebenen eigenen Drahtmeldung aus Hannover behaupten die „P. P. N.", „daß die Truppen in der Dunkelheit von einer größeren Menschenmenge angegriffen worden sind und in der Notwehr mit vollem Recht gefeuert haben. Sie brauchten einen Befehl dazu nicht abzuwarten, sondern durften sich auch ohnedies gegenüber dem Angriff durch Anwendung der Waffengewalt verteidigen".

Wie auch aus dem folgenden Privattelegramm aus Hannover hervorgeht, bleibt unser Gewährsmann bei seiner ersten Darstellung:

Bei dem Eintreffen der Noskeltruppen befand sich eine friedliche Menschenmenge aus Anlaß des Streiks vor dem Bahnhof. Plötzlich kamen Truppen an, luden die Gewehre und schossen, ohne vorher zu warnen. Die furchtbar erregte Menge forderte die Entwaffnung der Truppen. Die Sicherheitswehr in Hannover verhält sich passiv und ist über das Vorgehen ebenfalls empört. Der Belagerungszustand ist verhängt. Der Generalstreik ist wahrscheinlich. Der Eisenbahnerstreik war eine Stunde vor dem Eintreffen der Noskegarden beigelegt, jetzt flammt derselbe jedoch wieder auf. Der Bahnhof ist besetzt.

Die Massen sind über die Morde an der Bevölkerung empört; sie versammelten sich vor dem Bahnhof und stürmten demonstrierend die Polizeiwachen und das politische Gefängnis. Sie erbeuteten wenig Waffen uvnd Munition. Die Reichswehr griff mit Gewehren und Handgranaten ein, die Zahl der Opfer ist unbekannt, wahrscheinlich aber ansehnlich.

Aber selbst wenn die Truppen von der Bevölkerung gereizt sein sollten, was nach den Erfahrungen in anderen Orten durchaus nicht ohne weiteres glaubhaft ist, so zeigen die Folgen ihres hemmungslosen Eingreifens, wie töricht ein derartiges Verhalten ist, wenn man Ruhe und Ordnung aufrechterhalten will. Denn erst nach dem Blutvergießen hat die erregte Menge das Gefängnis gestürmt usw.

Wie bürgerliche Zeitungen zu berichten wissen, ist der Belagerungszustand im Einverständnis mit Herrn Leinert, dieser rechtssozialistischen Provinzleuchte, erklärt worden. Wiederum also ein neuer Fall, wo die Halbsozialisten ihren schwindenden Einfluß auf die Massen dadurch zu retten suchen, daß sie sich des Belagerungszustandes als Mittel bedienen. Es ist sehr bezeichnend, daß die „P. P. N." schon im voraus wissen, daß der Belagerungszustand dazu benutzt werden wird, das Organ der Unabhängigen, die „Volkswacht", und das Organ der Kommunisten, „Die Rote Fahne", zu verbieten. Also auch hier sind die Rechtssozialisten Nutznießer des Belagerungszustandes, ohne den ihre Herrschaft zusammenzubrechen droht.

Angeblicher Rücktritt Wissells.

Wie das „Berliner Tageblatt" aus Weimar zu berichten weiß, ist Wissells Rücktritt nur noch eine Frage der Zeit, da seine Pläne über die Planwirtschaft, für die er bekanntlich vom Weimarer Parteitag ein besonderes Vertrauensvotum erhielt, von der Mehrheit des Kabinetts nicht gebilligt worden sind, wodurch dieses Kabinett in einige Verlegenheit gekommen ist.

Daher werden die für Donnerstag erwarteten programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten Bauer und des Reichsministers des Auswärtigen Müller, wie W. T. B. mitteilt, erst am Montag oder Dienstag der kommenden Woche abgegeben werden.

Das halsstarrige Unternehmertum.

Der Arbeitgeberverband, dem die Berliner Verkehrsunternehmen angeschlossen sind, läßt durch das Wolffsche Telegraphenbureau eine Gegenerklärung verbreiten, die sich gegen die Darstellung richtet, die die Streikleitung über die Ursachen des Berliner Verkehrsstreiks gegeben hat. Die Arbeitgeber behaupten in dieser Erklärung, daß die von ihnen veröffentlichten Jahreslöhne der Wirklichkeit entsprächen. Die Angestellten hätten außerdem noch den Vorzug einer guten Pensionsversicherung. Weiter bestreiten die Unternehmer, in der Lage zu sein, den Forderungen der Arbeiter gerecht werden zu können. Sie würden sich wohl dem Schiedsspruch des Hauptausschusses fügen, obwohl die meisten Verwaltungen, insbesondere die Große Berliner Straßenbahn, durch eine auch nur teilweise Erfüllung der Forderungen, in eine erhebliche Unterbilanz geraten wird.

Wenn die Unternehmer bereit sind, sich dem Schiedsspruch des Hauptausschusses zu fügen, dann sollen sie endlich auch dafür sorgen, daß der Ausschuß zusammentritt. Die Streikenden sind zu jeder Zeit zu Verhandlungen bereit. Die Unternehmer aber gehen in ihrer verbohrten Halsstarrigkeit jeder Verhandlungsmöglichkeit aus dem Wege und beweisen damit nur, daß die privaten Sonderinteressen ihnen höher stehen als das Wohl der Allgemeinheit.

Vier Streikversammlungen.

Dienstag nachmittag füllten vier Riesenversammlungen des streikenden Verkehrspersonals die Hoch- und Untergrundbahnhöfe Nordring, Bismarckstraße, Warschauer Brücke und den städtischen Straßenbahnhof Urbanstraße. In den Versammlungen wurde eine strenge Kontrolle gehandhabt, nur wer sich als Streikender ausweisen konnte, wurde zugelassen. In allen Versammlungen wurde betont, daß der Streik, zu dem das Berliner Verkehrspersonal durch die wirtschaftliche Notlage gezwungen worden sei, durchgekämpft werden müsse. Die Arbeit könne nicht eher wieder aufgenommen werden, bis die Verhandlungen begonnen hätten. Die Redner wandten sich unter dem lebhaften Beifall der Versammelten gegen die verhetzende Stimmungsmache der bürgerlichen Presse einschließlich des „Vorwärts". Hinter der Aufforderung des Bürgerrates, die jetzt an allen Plakatsäulen prange, stehe das Kapital. Die Streikenden wurden ermahnt, sich nicht zu Provokationen hinreißen zu lassen. Der Gedanke, durch Militärpersonen den Betrieb wieder in Gang zu bringen, sei eine Utopie und die Streikleitung sei davon überzeugt, daß diese Leute schon bei den ersten Versuchen Schiffbruch erleiden würden. Die Streikenden wurden aufgefordert, in ihrem gerechten Kampfe auszuharren. Gegen die Absichten der Direktion, die Streikenden durch die Drohung mit der Hungerpeitsche wieder zur Arbeit zu zwingen, wurde lebhaft protestiert.

Zum Schluß wurde folgende Resolution in allen Versammlungen einstimmig angenommen:

„Die Angestellten und Arbeiter sämtlicher Verkehrsgesellschaften Groß-Berlins geloben der Streikleitung, solange im Kampf auszuharren, bis die Verhandlungen zum endgültigen Abschluß gelangt sind. Die Versammelten protestieren gegen die schamlose Hetze der bürgerlichen Blätter, vor allem des „Vorwärts" und der Bezirksorganisation Groß-Berlin der S. P. D. durch ihr am 7. Juli herausgegebenes Flugblatt. Ferner protestieren sie gegen die Drohung des Bürgerrates in seinem Säulenanschlag, wodurch eine Pogromstimmung gegen die Streikenden erzielt werden soll. Zum Schluß bitten die Streikenden die gesamte Arbeiterschaft Groß-Berlins um ihre Sympathie, denn der Kampf, den die Streikenden führen, ist auch ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Ferner betonen die Versammelten nochmals, zu jeder Zeit und Stunde zu Verhandlungen bereit zu sein."

Parteigenossen!

Wollt Ihr, daß die „Freiheit" alle ihr gestellten Aufgaben lösen kann, daß sie nicht nur die gelesenste sozialistische Tageszeitung, sondern die gelesenste Zeitung überhaupt wird und technisch und inhaltlich immer weiter vervollkommnet wird?

Dann müßt Ihr Mitglied der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" werden, Anteilscheine in großer Zahl erwerben und dauernd dafür arbeiten, daß alle Parteigenossen Eurem Beispiele folgen.

Nur unablässige Agitation

für den Beitritt zur Verlagsgenossenschaft „Freiheit" und für die Zeichnung von Anteilscheinen

schafft die Möglichkeit zur Erreichung unserer Ziele!

Wünsche der Beamten.

Weimar, 8. Juli.

Ein interfraktioneller Beamtenausschuß der Nationalversammlung hat sich heute in Uebereinstimmung und im Benehmen mit den Fraktionen gebildet. In der Aussprache einigte man sich dahin, zunächst die Frage einer Teuerungszulage für alle Beamten und Lehrer durchzusprechen und sodann die Rätefrage, das Mitbestimmungsrecht der Beamten in Betrieb und Verwaltung näher zu erörtern.

Bei Besprechung des ersten Punktes stellte sich die Mehrzahl der Redner auf den Standpunkt, daß eine einmalige Teuerungszulage gegeben und für deren Verteilung nicht drei, sondern nur zwei Teuerungsbezirke geschaffen werden sollen; mit der Regierung soll darüber in Verhandlungen getreten und diese gebeten werden, Vertreter der einzelnen Ressorts zur nächsten Sitzung zu entsenden. Angeschnitten wurde auch die Frage des Aufstiegs befähigter unterer Beamten und Arbeiter in höhere Staatsstellen.

Wie ein bürgerlicher Journalist behandelt wird.

Hamburg, 8. Juli.

Nach der Haftentlassung des Leiters vom W. T. B. Hamburg, Schriftleiters Korfmacher, ist durch den Generalstabsoffizier des Korps Lettow-Vorbeck dem erweiterten Vorstande des Reichsverbandes der deutschen Presse, Landesverband Hamburg, das lebhafte Bedauern des Korps über den Vorfall ausgedrückt worden. Dem Schriftleiter Korfmacher ist außerdem von dem zuständigen Kriegsgerichtsrat beim Stabe des Korps noch besonders das Bedauern über dies unliebsame Versehen ausgesprochen worden. Dies loyale Entgegenkommen des Korps wird vom Reichsverband der deutschen Presse durchaus anerkannt.

Darf man jetzt hoffen, daß für die Folge alle unschuldig verhafteten Personen so höflich und zuvorkommend behandelt werden?

Fortdauer der Unruhen in Italien.

Bern, 6. Juli.

Die Verordnungen über die Herabsetzung der Lebensmittelpreise haben in Italien den erwarteten Erfolg nicht gehabt. Nach kurzen Zeitungsberichten wiederholten sich die Ereignisse der letzten Tage an vielen Orten. Ruhe herrscht nur in den Städten mit genügend starken Besatzungen. **An vielen Orten wurde aufs Neue der Generalstreik erklärt.** Die Unruhen führen überall zu ausgedehnten Plünderungen und Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht.

In Genua stürmte die Menge ein Polizeigebäude, wobei eine Person getötet und dreißig verwundet wurden. In Neapel ruht der Hafenbetrieb. Hier wie in Catania, Bari und Toronto wurden viele Geschäfte geplündert und Schiffe am Ausfahren gehindert. In Rom kam es zu vereinzelten Tumulten.

Ledebour

II. Auflage vergriffen.

Das 21. bis 30. Tausend erscheint in einigen Tagen.

Preis 75 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel — Schiffbauerdamm 19

Preußische Landesversammlung.

Kleine Anfragen.

An der Spitze der gestrigen Tagesordnung standen eine Anzahl von kleinen Anfragen.

Abg. Brückner (Soz.) fragt: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um jetzt die Führung der Geheim-Akten über Sozialdemokratie unmöglich zu machen?

Der Regierungsvertreter antwortete, der Regierung sei nichts von solchen Akten bekannt. (!)

Genosse Sämisch (U. S. P.) fragt an, bis wann die Rentenzuschüsse an Militärpersonen ausgezahlt sein werden.

Der Regierungsvertreter antwortete, etwa ein Drittel der Rentenempfänger warte noch darauf. Ende August hoffe man die Verordnung völlig durchgeführt zu haben.

Abg. Rippel (Deutschnat. Volksp.) fragt an: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den Straßenwärtern der Provinz Westfalen den ihnen gewährten Achtstundenarbeitstag sicher zu stellen?

Die Regierung teilte mit, es sei Weisung ergangen, daß auch für die Straßenwärter der Achtstundentag gelte und schleunigst durchzuführen sei.

Ein Zwischenspiel.

Sodann stand die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen und das Volkshochschulwesen zur Beratung.

Hierzu stellte das Zentrum den Antrag, beide Gegenstände erst nach der Handelsdebatte zu verhandeln. Genosse Rosenfeld deckte die reaktionären Motive dieses Ansinnens auf. Das Zentrum, welches in Weimar jetzt seine Rechnung präsentiert, die anzuerkennen die Rechtssozialisten sich anscheinend noch sträuben, wünsche erst diesen Kuhhandel zu Ende führen zu können und hoffe, daß damit auch der vorliegende Entwurf endgültig begraben sein werde.

Die Rechtssozialisten verwahrten sich entschieden dagegen, Verrat an den Volksinteressen zu treiben, wenn sie der Verschiebung zustimmten. Ein Teil von ihnen half denn auch — die Fraktion stimmte nicht einheitlich — den Punkt abzusetzen. Bei den Volkshochschulen kam eine Einigung dahin zustande, die Anträge debattelos dem Unterrichtsausschuß zur Vorberatung zu überweisen.

Der Handelsetat.

Die am Freitag abgebrochene Debatte über das Handelsgesetz wurde alsdann fortgesetzt. Kampf gegen die Zwangswirtschaft, rührende Fürsorge für das Handwerk und die Kleinhändler und Mittelstand bildeten den Punkt, um den sich alle Redner unermüdlich bewegten. Der Rechtssozialist Haberland fand zwar gar vortreffliche Worte über die eigenartige Moral des Kapitalismus, ahnte aber wohl kaum, wie sehr er damit die Unterlassungen seiner eigenen Fraktionskollegen in der Regierung ohrfeige. Der Zentrumsabgeordnete Effer machte die Entdeckung, die Kollege des Handwerks rühre von der Revolution her, scheint also die Zeit des Krieges mit ihrer Vernichtung des Mittelstandes verschlafen zu haben.

Die Beratungen kamen auch heute noch nicht zu Ende. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag 1 Uhr.

Price aus der Haft entlassen.

Der vor einigen Tagen verhaftete englische Journalist Price ist, wie wir erfahren, gestern bedingungslos freigelassen worden, so daß damit auch die beabsichtigte Ausweisung aus Deutschland hinfällig ist. — So haben also die deutschen Behörden sich eine neue Blamage zugezogen, die das Ansehen Deutschlands schwer geschädigt hat.

Friedensfeiern in England.

London, 7. Juli. (Reuter.)

Im Unterhause gab Bonar Law bekannt, daß Sonnabend, der 19. Juli, zum öffentlichen Feiertag für die Begehung der Friedensfeiern erklärt werden wird.

Oeffentliche Quittung.

In der Zeit vom 2. Mai bis 8. Juli gingen bei der Zentralkasse der U. S. P. folgende Beiträge ein:

Offenburg 8,— Mk., Fulda 15,—, Kassel 37,—, Stettin 143,20, Mühlhausen i. Th. 37,70, Rostock 24,35, Duhweiler 37,—, Rheinberg 7,—, Plauen 10,—, Markendorf 1,49, Eisenach 225,25, Halberstadt 142,—, Tönning 35,—, Dortmund 44,—, Borna i. S. 30,50, Magdeburg 389,—, Brandenburg 21,—, Bielefeld 73,75, Wriezen 8,75, Jüterbog 1,75, Finsterwalde 7,—, Kottern 4,10, Pyritz 7,—, Stettin 73,75, Döbern 7,—, Sommerfeld 7,—, Forst i. L. 35,—, Offenbach 37,—, Altberlitz 7,00, Alt-Ruppin 7,—, Gr. Rätschen 7,00, Alt-Meffin 7,—, Havelberg 6,30, Kehrin 6,90, Schwedt 3,50, Rodewisch 15,25, Mühlhausen i. Th. 36,75, Wittenberge 7,—, Senftenberg 10,50, Michendorf 2,80, Celle 12,25, Sorau 14,—, Varel 73,75, Nürnberg 248,—, Beelitz 10,50, Angermünde 7,—, Landsberg 23,10, Wiesenthal 1,75, Schönebeck 73,75, Gassen 10,50, Schwiebus 7,—, Guben 8,50, Hannover 74,— Kassel 36,75, Kiel 446,50, Schneidemühl 25,—, Eberswalde 50,—, Cottbus 7,—, Freienwalde 8,85, Ziehain 15,—, Lautawerk 10,50, Strausberg 3,70, Neustadt 14,—, Ostpreußen 653,45, Görlitz 7,—, Götensleben 10,50, Neuwelzow 2,10, Jeßnitz 4,20, Steinfurth 7,—, Lengo 11,10, Ellenburg 28,—, Görlitz 31,50, Dresden 140,—, Varel 17,80, Landeshut 28,—, Liegnitz 8,50, Kiel 705,—, Grünberg 45,50 Erfurt 293,— Mannheim 885,50 Mk., Wismar 7,—, Hoyerswerda 7,— Mk., Bremen 1272,58, Berlin 18 908,00, Pirna 380,00, Cronbrück 23,40, Graudenz 26,80, Leipzig 12 780,00, Hof i. V. 401,52, Wasserkante 5044,50, Königshütte 40,00, Markendorf 44,85, Liesenthal 4,95, Dresden 944,42, Forchheim 8,55, Tönning 62,00, Borna 500,00, Neuruppin 12,00, Nürnberg 663,08, Wriezen 3,20, Finsterwalde 20,00, Pyritz 8,00, Bielefeld 64,30, Reuß ä. L. 447,30, Senftenberg 24,70, Michendorf 8,40, Beelitz 5,50, Prenzlau 25,05, Angermünde 15,00, Pommern 766,78, Senftenberg 84,55, Schneidemühl 60,00, Leutewerk 16,90, Hötensleben 100,000, Lengo 46,00, Görlitz 35,00, Kehrin 31,56, Baden 98,04, Stegelitz 10,80, Gr.-Dölln 30,00, Landeshut 18,10, Liegnitz 25,00, Eberswalde 584,00, Bromberg 53,04, Rosemann 111,29, Brandenburg 114,70, Halle 359,80, Havelberg 23,62, Wittenberge 129,78, Guben 23,50, Hoyerswerda 14,10, Kottbus 41,25, Halle 1581,25, Württemberg 930,04, N. 4,00, St. 1,55, W. 20,00, L. 5,75, Sch. 2,10, T. und K. 6,60, B. 13,00, M. 8,00, S. 1050,00, Eisenfest 1000, Fraktion der preuß. Landesversammlung 1000,00, Fraktion der deutschen Nationalversammlung 1000,00, Elbing 2000,00, Liste 14 005 80,00, Markendorf 6,60, Liste 14 903 84,20, Rheinberg 42,40, Löwenberg 33,60, Wilhelmshaven 255,50, Landeshut 65,00, Erfurt 700,00, Pelerswaldau 8,50, Ostsachsen 400,00, Liste 14 906 32,50, Wilhelmshaven 700,00, Guben 95,00, Peine 387,25, Ostsachsen 800,00, Ostsachsen 850,00, Bielefeld-Wittenberge 885,90, W. 74,40, Düsseld. Volkszeitung 40,00, Barl... 10,00, D. Rowawes 300,00, Welser 41,00, L. D. 10,00, Wilhelmshaven 701,50, Berlin 4 1430,50, S. 25 000,00, L. D. 5,00, Zeitung für das Vogtland 50,00, Leips. Volksztg. 81,00, Rückzahlung 2,50.

Berlin, den 8. Juli 1919.

Hermann Radtke.

NB. Es wird gebeten, bei Geldsendungen die persönliche Adresse des Unterzeichneten zu wählen und auf dem Abschnitt stets anzugeben, für welchen Zweck der Betrag bestimmt ist.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Der heilige Florian. Satire von Neal und Welchand.

Direktion E. Reinhard — R. Bernauer.
Theater i. d. **Königgrätzer Straße**. 8 Uhr: Der Häuptling.

Komödienhaus an der Marschallbrücke. Leon Rüdisch u. Ludw. Hartau. 8 Uhr: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater 8 Uhr: Die tolle Komteß.

Deutsches Theater Allabendlich 8 Uhr Max Pallenberg in „Auch ich war ein Jüngling.." (Schwank)

Kammerspiele Allabendlich 8 Uhr: Leopoldine Konstantin in Das Weib und der Hampelmann.

Theater des Westens Allabendlich 7½ Uhr: Mia Werber u. Hans Waßmann in **Die Geisha.**

Lessing-Theater Sommerspielzeit. Leitung: Hans Sternberg. Gastspiel Guido Thielscher. 8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat. Allabendlich 8 Uhr: Max Adalbert u. Kurt Götz in: Die Rutschbahn.

Residenz-Theater. Untergrundb. Klosterstraße, Ausgang Stralauer Straße. 8 Uhr: Zum 174. Male: **Das höhere Leben.** Schauspiel von Sudermann. Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater. [illegible] 8 Uhr: Zum 300. Male: **Der gute Ruf** von Hermann Sudermann. Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Rose-Theater Letzte Aufführung. 7½ Uhr: Ehe-Urlaub. Gartenbühne: 5 Uhr: Konzert, Spezialitäten. 7½ Uhr: Das sieht sich jeder an.

Walhalla-Theater 7½ Uhr: [illegible]

Wintergarten täglich 7½ Uhr Varietévorstellung. Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor Allabendlich 7½ Uhr: **Elite-Sänger** ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger. Seidel, Ruselli, Horst, Schubert, Rathke etc. Humor. Spielpl. Sommerpreise!

Blüthner-Konzert

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9. Täglich **12 Varieté-Attraktionen** In der Tanzdiele **Ball.** Anfang ½5 Uhr.

Gesang- u. Theater-Verein „Velten". Am Sonntag, den 13. Juli: **Familien-Ausflug** Hohenschöpping-Stolpe-Hennigsdorf. Sämtliche Mitglieder und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen. Abmarsch: 9 Uhr vom Restaurant Tübbecke „Kastanienwäldchen". Der Vorstand.

Achtung! Fahren jeder Art, Möbeltransport, solide Preise. Prompte Ausführung. Trennert, Pallisadenstr. 47 IV. Tel. Alex. 5187.

Spezial-Abteilung
Uniformen färben, in Civil umarbeiten
in schwarz, blau, braun, grün und Cover-Coat-Farbe in **8** Tagen
sowie
Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten v. Herren- u. Damen-Garderobe in **3** Tagen
Original echt engl. Stoffauswahl
Jeder Artikel wird außerdem gefärbt in **6** Tagen
Trauersachen in **48** Std.
BASCH & BUCZKOWSKI
Centrum 7119. Friedrichstraße 68 I. Centrum 7119.

Mieterbund Groß-Berlin E. V.

Norden!
Mieter-Versammlung

in der
Aula, Driesener Str. 22
am
Mittwoch, den 9. Juli, abends 7½ Uhr

1. Die Regierung schützt die Hausagrarier!
2. Mieterräte.

Redner: E. Auty, Fritz Dzlchl, Benno Mach.
Vermieter haben keinen Zutritt.
Männer und Frauen!
Erscheint in Massen.
Mieterbund Groß-Berlin,
W. Potsdamer Str. 56.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9—4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat beschlossen, die Stelle eines angestellten **Bezirksleiters** für die A.E.G. Betriebe neu zu besetzen. Bewerber müssen vollkommen mit den Verbandsgeschäften vertraut sein. Voraussetzung ist Kenntnis der Agitation in großen Betrieben und eine fünfjährige Mitgliedschaft. Aus der Bewerbung muß Alter, Beruf, sowie die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen.

Bewerbungen sind bis zum 18. Juli spätestens mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Kollegen Oskar Rusch, Berlin N. 54, Linienstraße 83/85 einzusenden. Später einlaufende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Des andauernden Verkehrsstreiks wegen muß die zu **Donnerstag, den 10. Juli**, festgesetzte Generalversammlung

ausfallen.

Der neue Termin wird noch bekannt gegeben.
Der Gauvorstand.

Kranken-, Sterbe- und Zuschußkasse

für männl. Personen aller Berufe, Groß-Berlin.
Am Donnerstag, den 7. August, abends 7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
Sophienstraße 5, bei Hemmel.
Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Geschäftliches.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Auswanderung.

Wollen Sie nach **Südamerika** auswandern? Dann informieren Sie sich gründlich. Die Broschüre **Auswanderung nach Argentinien** gibt Ihnen erschöpfende Auskunft.
Bestellen Sie sofort dieses aufklärende Buch bei dem **Verlag H. Althoff**, Abt. 4, Berlin SW 68, Friedrichstr. 41, gegen Voreinsendung des Betrages von **3.50 M.** bei Nachnahme exkl. Porto, oder durch alle Buchhandlungen.

Kupfer — Messing — Quecksilber

Platin, Gold, Silber, Metallabfälle u. Altmetalle kaufen:
Königstadt 3885
Peters, Prenzlauer Straße 24,
Peters, Reinickendorfer Straße 12,
Möbus, Waldstraße 3, Ecke Turmstraße,
Ermel, Gubenerstraße 59, an der Frankfurter Allee,
Degener, Schöneberg, Bahnstraße 46.

Soeben erschien:
Geheimleben des Berliner Hofes.
Das Privatleben Kaiser Wilhelm II. und seiner Gemahlin.
Aus den Papieren einer Hofdame der Kaiserin.
312 Seiten, steif brosch. Preis **M. 5,50** bei vorheriger Einsendung des Betrages, **M. 6,—** bei Nachnahme.
Aus dem Inhalt: Des Kaisers Reiseleidenschaft. Behandlung der Dienstboten. Sein Größenwahn. Seine Knickrigkeit. Kaiserliche Haushaltung. Tägliches Leben. Mittag im Neuen Palais. Seine Leidenschaft für Jagd. Geburt des Kaisers. Beziehungen zwischen Kaiser und Kaiserin usw.
Ferner: Verboten gewesen!
Ein Günstling des Kaisers
Nach Mitt. a. d. Akten d. Geh. Zivilkabinetts d. Kaisers 240 Seiten, steif brosch. Preis **M. 3,50** bei vorheriger Einsendung des Betrages, **M. 4,—** bei Nachnahme.
Aus dem Inhalt: Wohlleben der kaiserlichen Familie im Kriege. Das ausgehungerte Volk. Die Kaiserin für den Frieden. Der Kronprinz und seine französischen Liebschaften während des Krieges. Dernburg, Harden und der Botschafter Gerard. Eine ausgeschlagene Friedensbotschaft Mr. Fords usw.
Nur schriftl. Bestell. an **K. Putzer-Hatusch**, Berlin-Schöneberg 3, Apostel-Paulusstr. 24, v. II.

Bekanntmachungen.

1. In der städtischen Lagerbuchhaltung auf dem Schlachthof werden gute Holzkisten zum Preise von 5 M. pro Stück abgegeben.

2. Vom Freitag, den 11. Juli, ab werden auf Feld 280 der Lebensmittelkarte 150 Gramm geschälte Erbsen zum Preise von 90 Pfg. das Pfund verabfolgt. Da nur eine beschränkte Menge Erbsen übersandt wurde und nicht alle Geschäfte beliefert werden konnten, werden die Erbsen nicht nach der Kundenliste, sondern an alle Käufer abgegeben. Die Felder verlieren mit Dienstag, den 15. Juli, ihre Gültigkeit und sind am Donnerstag und Freitag im Zimmer 407 des Rathauses abzugeben.

3. Der Würzkäse, der sich noch in den einzelnen Geschäften befindet, ist am Donnerstag, den 10. d. M., an unsern Schlachthof zurückzuliefern. Später kann der Würzkäse nicht mehr zurückgenommen werden.

4. Die Bezugsscheine für kond. Vollmilch verlieren mit Ablauf von Mittwoch, den 9. d. M., die Gültigkeit. Alle in den Geschäften noch vorhandenen Restbestände an kondensierter Milch sind am Donnerstag, den 10. d. M., in der Verkaufsstelle im Rathaus von den Geschäftsleuten abzuliefern. Die gesammelten Bezugsscheine sind vom gleichen Tage ab bis Sonnabend, den 12. d. M., im Zimmer 408 des Rathauses abzuliefern. Kond. Milch ist noch in folgenden Geschäften erhältlich: Stechow, Jüdenstr. 18; Krebs, Seegefelder Str. 70; Rölte, Seegefelder Str. 15; Will, Breitestr. 48; Sauerwald, Breitestr. 25; Sonntag, Staakener Str. 20; Wagner, Hochgerichtstr. 12; Bochow, Pichelsdorfer Str. 1; Ueberlee, Bismarckstraße 64; Heinrich, Lynarstr. 31; Schütze, Falkenhagener Str. 56; Reuke, Schönwalder Str. 77; Fiedler, Schönwalder Str. 94; Nowack Nachf., Neuendorfer Str. 96; [illegible], Streitstr. 24; Weiß, Haselhorst, Gartenfelder Straße; Konsum-Verein Haselhorst, Feldzeugmeisterstraße; Gärtner, Reisstr. 25.

Spandau, den 8. Juli 1919.
Der Magistrat.

Die Stelle
des Stadtkämmerers der Stadt Königsberg Pr.
ist, da der bisherige Inhaber in den Ruhestand tritt, sofort neu zu besetzen. Die Anstellung erfolgt nach den in der Städteordnung für die besoldeten Magistrats-Mitglieder vorgesehenen Bestimmungen auf 12 Jahre. Das ruhegehaltsberechtigte Gehalt ist vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bezirksausschuß auf 15 000 M., alle 3 Jahre um 1000 M. bis auf 18 000 M. steigend, festgesetzt.

Daneben wird bis auf weiteres eine Teuerungszulage von 3000 M. und Kinderzulage von 400 M. für jedes Kind gewährt. Die Uebernahme besoldeter Nebenämter ist nicht gestattet. Bei Dienstunfähigkeit wird ein durch Ortsstatut geregeltes Ruhegehalt gezahlt.

Geeignete Bewerber werden ersucht, ihre Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes und der die Befähigung nachweisenden Zeugnisse an den Unterzeichneten — Kneiphöfisches Rathaus — bis zum 2. August 1919 einzusenden.

Königsberg Pr., den 2. Juli 1919.
Der Stadtverordneten-Vorsteher
Cohn.

Freie Hochschulgemeinde für Proletarier.

Fremde Sprachen.

Die verschiedenen Kurse in fremden Sprachen können voraussichtlich erst Mitte August beginnen. Erwünscht ist, daß Anmeldungen zur Teilnahme baldigst in unser Bureau, In den Zelten 23, Zimmer 28, gelangen und zwar mit genauer Bezeichnung:
Englisch I (Anfänger)
Englisch II (Vorgerückte)
entsprechend Französisch I oder II, Russisch I oder II und Spanisch. Ferner ist bei den Anmeldungen Angabe des Berufs und des Alters notwendig.
Freie Hochschulgemeinde für Proletarier.
Schwab.

Zähne 3 Mark! 5.— Mark
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 30 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Danziger Strasse 1 Hatvani
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 2—7, Sonntags und Feiertags 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Moderne Küchen von 395 Mk. an
Schlafzimmer von 1500 Mk. an
sowie Speise- und Herrenzimmer in großer Auswahl u. in allen Preislagen empfiehlt
Möbelhalle „Osten"
Alexanderstraße 14b, an der Schicklerstraße.

Dän. Kautabak Skipper Skraa
Probeschachtel 7 Stangen oder große Rolle 3.20 Mk., bei 10 Stück 30.— Mk. per Nachnahme. Hans Hagge, Schleswig 1.

Spezialarzt Dr. Haedicke
Haut-, Harn-, Frauenleiden. Blutuntersuchungen
Friedrichstraße 187/8 (a. d. Mohrenstraße)
11—1, 3—7. Sonntags 11—1.

Bollschmieders **Variété-Garten** Badstrasse 16. | Weissenseer **Sommer-Theater** Prenzlauer Promenade 6-9.
Dir.: Gerh. Dammann
Täglich 12 Varieté-Nummern
Grosses Theater-Orchester
Eröffnung der Gärten: Wochentags 3½ Uhr, Sonntags 2½ „
Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 „
Beginn des Variétés: Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6 „
Über Vermietung der Gärten an Vereine wende man sich an die Direktion.

Fortuna-Lichtspiele
Müllerstr. 12 c.
Nur bis Donnerstag
das bekannte Volksstück
Der Trompeter von Säckingen
5 Akte. Originalmusik von Prof. Hummel
Täglich 5 und 8 Uhr.

Säle frei
für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften
Kellers Konzert- u. Festsäle
Koppenstr. 29. Koppenstr. 29.

Säle frei
für Vereine, Gesellschaften, Versammlungen
Berliner Vereins-Konzertsäle
Kommandantenstr. 58/59. Moritzplatz 10155.

Säle frei
für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften
Central-Festsäle
Alte Jakobstr. 32. Alte Jakobstr. 32.
Direktion: Selbiger & Engler.
Norden 9292 u. 9293. Kulante Bedingungen.

Kaufmännische Privatschule
Paul Kowalski
Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Schl. Bahnhof.
Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschineschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung.
Tages- und Abendkurse.

Spezial-Arzt für Haut-, Harn- und Frauen-Leiden. Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen, elektr. und med. Bäder, Licht- und Röntgen-Behandlung. Damen- und Herren-Abteilung.
[illegible] **Heil-Anstalt Löser**
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skutil
Rosenthaler Str. 69-70, Ecke Linienstraße 9-1, 4-8. Sonnt. 10-1.

ZIGARREN
pro Mille von M. 650 an
gibt in großen und kleineren Posten ab
Zigarren-Engros-Haus Neukölln
Neukölln, Schinkestr. 4/5.

Heil-Anstalt „Löser"
Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz. 9—1, 4—8.
Modernes Ambulatorium, Licht- u. Finsen-Behandl.
Inhalatorium — Gurgelkabinen
Elektrische und Medizinische Bäder
Harn- und Blutuntersuchungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Erich Lange
Stralauer Straße 30, am 23. v. Mts. gestorben ist.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen der Elektro-Monteur
Artur Lipperzon
Pallisadenstraße 54, am 5. d. Mts. — Einäscherung Mittwoch, den 9. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg —
der Mechaniker
Karl Umann
Fehmarnstraße 18, am 6. d. Mts. — Beerdigung Freitag, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannes-Kirchhofes in Plötzensee — gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Geschäftsstelle C 2, Burgstr. 27. Tel. Kön. 10787.
Unsere Mitglieder: Herr
Arthur Lipperzon
Pallisadenstr. 54, Einäscherung 9.7.19 nachm. 3 Uhr, Herr
Heinrich Papist
Britz, Germania-Promenade 6, Einäsch. 10.7.19 nachm. 2 Uhr, Frau
Antonie Hacke
Heidelberger Straße 76, Einäsch. 10.7.19 nachm. 2 Uhr, sind verstorben.
Krematorium: Baumschulenweg.

Allen Freunden ... Nachricht, ... lieber Mann ...
Karl Um...
im Alter von ... am Sonntag, ... mittags ½12 Uhr ... lich gestorben ...
Die Beerdigung ... am Freitag, den 11., ... mittags 5 Uhr ... Leichenhalle ... Krankenhauses ... Straße, ausl. ... Neuen Johannes... statt.
Im Namen der ... Hinterbliebenen
Ww. Helene U... nebst T...

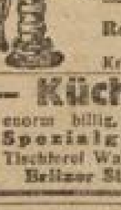
Nach langem ...
Arthur H...
im Alter von ...
Seine ... weg statt.

Verband der Fabrikarbeiter
(Zahlstelle Berlin).
Am 6. Juli cr. verstarb unser langjähriges treues Mitglied
Max Lammert.
Ehre seinem Andenken!
Die Bestattung findet am Mittwoch, d. 10. Juli, nachm. 3 Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung
W. Reimann.

Deutscher Transportarbeiter-... Bezirksverwalt. ...
Nachruf ...
Den Mitgliedern zur Nachricht, ... Kollege
Carl Ap...
von der Firma ... Landsberger ... 29. Juni im ... 46 Jahren ... Ehre seinem A...

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Haacké,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 11—1.
Erfolgreiche Behandlung.

Möbel!
Sonder-Angebo...
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Dielen-Möbel
Küchen
in großer ... wahl zu b... gen Prei...
Beste Verarbeitung * Trockenes ... rial * Versand auch nach ausw...
Lombard- u. Möbelhaus „... hof Börse" G.m...
Dirksenstraße 43—44.



Abessinier-Pumpen
[illegible]
Robert Brinn, Pumpenfabrik, Krautstrasse 31.

Küchen
enorm billig, direkt aus Spezialgeschäft
Tischlerei Walter Stewen
Britzer Straße 15.

Brennholz trocken!!
Jetzt beste Zeit zum Eindecken für den Winter, bei 10 Ztr. liefert billigst frei Haus
Schreibers Holzgroßhandlung
Berlin-Reinickendorf-Ost, Waldseestrasse 23/24.
Fernspr. Reinickendorf 338.

Möb...
neue und ... gewesene ...
Kleiderschränke ... von 65.00, 85.00 ... neue zusammen... Bettstellen ... 65.00, 85.00 ... engl. Bettstell... Chaiselongues ... Kommoden ... Gr. Auswahl ... neuer ... Kompl. Küche ... Versand nach ...
Seelig
Lothringer S...
(Schönhauser ...)

Straßenhä...
Millionenschlager ... Elfenbeinimitation ...
Schröder, Nov...

Die neuen Steuervorlagen.

Kein neuer Geist.

In der Nationalversammlung hat gestern Herr Erzberger die neuen Steuern eingebracht — neun Monate nach Ausbruch der Revolution, nachdem Milliarden steuerbaren Vermögens infolge der Unterlassungssünden der Regierung dem Zugriff des Staates entzogen worden sind. Auch heute fehlen noch die Hauptstücke, die große Vermögensabgabe und die neue Umsatzsteuer.

Auf den Inhalt der Steuervorlagen werden wir noch ausführlicher zurückkommen. Es handelt sich wieder um ein Gemisch von direkten und indirekten Steuern und es ist bezeichnend für die rechtssozialistische Regierung, daß sie in dieser Zeit der unerschwinglichen Preise durch Besteuerung des Zuckers und des Tabaks den breiten Massen die Beschaffung eines wichtigen Nahrungsmittels und eines der wenigen Genußmittel zu erschweren wagt. Und nicht minder bezeichnend ist es, daß Herr Erzberger, als er wie noch jeder Finanzminister Sparsamkeit in den Staatsausgaben gelobte, als einzige Maßnahme den Abbau der Arbeitslosenunterstützung nannte! Von der schauderhaften Verschwendung, die bei den Aufgaben für die Armee herrscht, sprach er kein Wort.

Im übrigen beträgt die Summe, die die Steuerzahler für Reich, Staat und Gemeinden aufzubringen haben werden, etwa 25 Milliarden. Die bisherigen Einnahmen und die neuen Steuern zusammen lassen noch mehr als 10 Milliarden ungedeckt. Auch die Vermögensabgabe und die Umsatzsteuer werden den Fehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht decken. Dazu kommt dann erst noch die Summe für die Wiedergutmachung, deren Höhe wir noch nicht kennen, von der wir nur wissen, daß wir bis zum Jahre 1921 zunächst 20 Milliarden Goldmark, etwa 50 Milliarden in Papiermark zu zahlen haben werden. Für diese sollen dann neue Steuern, die im Herbst vorgelegt werden sollen, Vorsorge treffen.

Herr Erzberger hat also recht, wenn er von der geradezu entsetzlichen Höhe der Steuerlast spricht. Der Herr Minister tut aber sehr zuversichtlich und behauptet, daß all diese Lasten aufgebracht und der Staatsbankrott vermieden werden wird. Wir meinen aber, daß, wenn Herr Erzberger keine anderen Mittel kennt als die Wege der alten Steuerpolitik, ihn diese Zuversicht trügen wird.

Der schlaue Zentrumsmann hat in seiner Rede ein neues Schlagwort gebraucht. Er meint, das Steigen des Arbeitslohnes und das Fallen des Geldwertes sind die größte Sozialisierung, die die Welt kennt. Die völlige Zerrüttung der Wirtschaft, die die sich fortsetzende Geldentwertung schließlich bedeuten muß, die für viele Arbeiterschichten noch immer ungenügende Anpassung des Lohneinkommens an die wahnwitzig gestiegenen Preise, die größte Sozialisierung zu nennen, bringt nur ein Mensch fertig, der keine Ahnung hat, wie sehr er sich mit solchen Mätzchen blamiert. Aber daß sich der Vertreter einer zu zwei Dritteln aus Sozialisten bestehenden Regierung solche Mätzchen erlauben darf, wo es sich um das ernsteste ökonomische Problem handelt, ist allerdings bezeichnend. Das Finanzprogramm dieser Regierung, das Herr Erzberger heute vorgelegt hat, beweist nur aufs neue, daß diese Herren vom Geist einer neuen Zeit keinen Hauch verspürt haben. Irgendein Finanzminister des kaiserlichen Deutschland hätte unter den heutigen Umständen sicher kein schlechteres und rückständigeres Steuerprogramm vertreten können.

*

50. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung vom 8. Juli 1919.

Ein schleuniger Antrag der Abgg. Frau Agnes u. Gen. (U. Soz.) betreffend Einstellung des gegen den Abg. Eichhorn (U. Soz.) beim Amtsgericht Berlin I schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode der Nationalversammlung, wird auf Antrag des Abg. Wurm an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Steuergesetze in Verbindung mit der Interpellation Auer u. Gen. (Soz) betr. steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne usw.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Eine wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau des staatlichen Lebens sind geordnete Finanzen. Darum ist die erste Arbeit beim Wiederaufbau eine grundlegende Finanzreform, ein wohldurchdachtes System gerechter Steuerverteilung. Diese Arbeit eilt, weil für den Wiederaufbau des eigenen Wirtschaftslebens es notwendig ist, zu wissen, wie groß die Gesamtbelastung an Steuern und Abgaben sich gestaltet.

Keine Rettung bringt der Staatsbankerott, denn Staatsbankerott ist heute Volksbankerott im Innern und nimmt Deutschland im Ausland jeden Kredit. Die Ratschläge auf

Annullierung der Kriegsanleihe

oder Verkündigung des allgemeinen Bankerotts mache ich nicht mit. Der Zinsendienst für unsere Kriegsanleihe muß gesichert sein. Die deutsche Kriegsanleihe ist von den breitesten Volksschichten aufgebracht. Von den 39,1 Millionen Gesamtzeichnungen entfallen nicht weniger als 34,3 auf Zeichnungen unter 5000 Mark. Diese 90 Prozent ergaben 36 Milliarden Mark, rund ein Viertel der Gesamtzeichnungen. Außer den 25 Milliarden Mark, welche die kleinen Zeichner aufgebracht haben, haben die Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Versicherungsgesellschaften insgesamt 21,5 Millionen gezeichnet. Hinter dieser Summe stehen Arbeiter, Angestellte, Dienstpersonal, Beamte, Handwerker, kleine Landwirte. Ueber diese Verteilung der deutschen Kriegsanleihe muß man sich klar sein, wenn man von der Einstellung der Zinsenzahlung spricht. Eine solche Maßnahme würde Diejenigen schädigen, die dem Vaterland in der höchsten Not geholfen haben. Die Schieber und Kriegsgewinnler, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, würden doppelten Vorteil haben: einmal würden sie große Einnahme gehabt haben und zweitens würden sie von der Annullierung nicht getroffen werden.

Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen zu schaffen, ist mein oberstes Ziel. Gerechte Steuern stellen eine rasch wirkende vorzügliche Sozialisierung (!) dar; sie treffen alle und haben eines voraus: die private Initiative bleibt bestehen, der begründete Eigennutz sucht nach höchster Einnahme.

Ein guter Finanzminister ist der beste Sozialisierungsminister. Solche Sozialisierung tut uns bitter Not. Schon vor dem Kriege war der Unterschied in Deutschland zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden zu groß und wurde damit zur sozialen Ungerechtigkeit. Der Grundfehler der Wirtschaftspolitik im Kriege läßt sich auf die kurze Formel bringen, daß man durch die allgemeine Wehrpflicht die lebendigen Leiber mobil gemacht hat, daß aber die allgemeine Wehrpflicht halt machte vor dem Kapital und dem Besitz.

Die Folgen dieser Ungerechtigkeit war[illegible] ängnisvoll.

Der damalige Vizekanzler und leitende aller Finanzminister, Staatsminister Helfferich, hat unter Tage von den inneren Mächten der Zersetzung gesprochen, die die Katastrophe des moralischen und nationalen Zusammenbruches verschuldet haben. Er hat es unterlassen, hierbei jene

unheilvolle Wirtschaftspolitik

der damaligen Regierung zu erwähnen, die dem moralischen Siegeswillen des deutschen Volkes so sehr geschadet hat und deren hauptsächlichster Träger er war. Der verstärkte Ruf nach Sozialisierung ist nur das Echo der überkapitalistischen Kriegswirtschaft.

Ein großes Stück Sozialisierung ist allerdings bereits vollzogen worden. Das Steigen des Arbeitslohnes und das Fallen des Geldwertes sind die größte Sozialisierung, die die Welt kennt. Der Kapitalist, der vor dem Kriege aus 100 000 M. Vermögen 6000 M. Jahreseinkommen zog und heute dieselbe Rente hat, steht jetzt schlechter da als der Telegraphenarbeiter, der vor dem Kriege 1500 M. Einkommen hatte und jetzt 7800 M. Lohn bezieht. Eine gut durchdachte, scharf angelegte Reichsfinanzreform wird dem Ruf nach Sozialisierung Gehör verschaffen: Erbschaftssteuer und große Vermögensabgabe sind die ersten einleitenden Schritte; andere werden folgen.

Der große Steuersouverän der Zukunft kann nur das einige Deutsche Reich sein. Dazu braucht das Reich ein

neues System der Steuerordnung.

Drei Steuergläubigern ist der deutsche Bürger ausgesetzt: Reich, Gliedstaat, Gemeinde. Vor dem Krieg erhob das Reich jährlich nicht ganz 2 Milliarden Steuern und Abgaben, Einzelstaaten und Gemeinden etwa 3 Milliarden. Beim Friedensschluß ist das Mindestmaß der Einnahmen, die das Reich für eigene Bedürfnisse gebraucht: jährlich über 17 Milliarden. Die Einnahmen der Einzelstaaten und Gemeinden sind mit mindestens 6 Milliarden jährlich anzusetzen. Hat das Reich früher von dem Gesamtaufkommen 35 bis 40 Prozent für sich gebraucht, so jetzt mindestens 70 bis 75 Prozent. Die Einnahmen des Reichs müssen um 900 Prozent gesteigert werden, die der Einzelstaaten und Gemeinden um vielleicht 100 Prozent. Solche Riesenverschiebungen heischen neue Maßnahmen. Viel enger als früher ist das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Gliedstaaten. Die Gemeinsamkeit der Interessen von Reich, Gliedstaaten und Gemeinden wird es sich mit bringen, daß es künftige Steuerinseln in Deutschland nicht mehr geben wird. Der deutsche Steuerzahler wird künftig keine Sorge mehr haben, auszurechnen, ob er mit Steuern billiger wegkommt, wenn er in Berlin, Grunewald, Koburg oder am Bodensee wohnt.

Können wir den

Riesenbedarf der Zukunft

aufbringen? Wir müssen ihn aufbringen. Der Bedarf des Reichs scheidet sich künftig in: a) Inlandsbedarf, b) Wiedergutmachungen. Die voraussichtlichen Jahresausgaben werden sich auf rund 17,5 Milliarden Mark belaufen.

Ich bin fest entschlossen, den Weg der harten Sparsamkeit überall zu gehen. Vom 1. Oktober 1919 ab wird es keine Pauschalien und Kriegsfonds mehr geben, die Kriegsfinanzwirtschaft hört auf und es muß zur geregelten Etatswirtschaft zurückgekehrt werden. Darum muß auch der sachgemäße

Abbau der Arbeitslosenunterstützung

ins Auge gefaßt werden; lohnende Arbeit, nicht Arbeitslosenunterstützung ist das Ziel.

Wie soll der Gesamtbedarf gedeckt werden, den ich für Reich, Einzelstaaten und Gemeinden mit rund 25 Milliarden Mark beziffern darf? In diesem Augenblick nur einige Angaben: die laufenden steuerlichen Reichseinnahmen vor dem Krieg betrugen nicht ganz 2 Milliarden Mark, von 1913 bis 1918 sind während des Krieges an neuen laufenden Einnahmen erschlossen worden 4000 Millionen Mark. Hierzu treten an einmaligen Abgaben der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer nebst Zuschlag in Höhe von 5,7 Milliarden Mark und die Kriegssteuer für 1918 mit etwa 2 Milliarden Mark. Die neu vorliegenden Steuerentwürfe sollen dem Reich weitere 1200 Millionen laufende Einnahmen bringen, und ferner einmalige Einnahmen, die einer dauernden Zinsenersparnis von 600 Millionen Mark versprechen. Es ist also noch die Summe von mehr als 10 Milliarden Mark zu decken. Zwei große neue Steuern nähern sich im Finanzministerium ihrem Abschluß: die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Aber auch wenn diese Vorlagen unverändert angenommen würden, ist der Fehlbetrag für den eigenen Bedarf noch nicht gedeckt. Die Summe für die Wiedergutmachungen muß auf andere Weise aufgebracht werden. Im Herbst werden der Nationalversammlung neue Vorlagen zugehen mit dem Endziel, diese Fehlbeträge zu decken. Die Steuerlast wird

eine geradezu entsetzliche Höhe

erreichen.

Eine stete Gefahr sind die 72 Milliarden schwebende Schuld. Ihre Beseitigung ist eine der dringendsten Aufgaben für mich. Zwei Wege gibt es: entweder Umwandlung in eine fest fundierte Anleihe oder Tilgung durch große Abgaben, sei es durch die Einziehung sämtlicher Kriegsgewinne, sei es durch die große Vermögensabgabe, wobei ich mich keinem Zweifel hingebe, daß diese beiden Steuern zusammen nicht sofort den gesamten flüssigen Betrag von 72 Milliarden aufbringen werden.

Nun ein Wort zu den neuen Steuern, die dieses Haus beschäftigen. Zwei Gesetzentwürfe sollen die Kriegsgewinnbesteuerung zum Abschluß bringen. Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 ist im Wesentlichen eine Wiederholung des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. Juli 1918.

Der weiter vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs will jeden in der Zeit vom 1. Januar 1914 bis 31. Dezember 1918 eingetretenen Vermögenszuwachs mit einer Abgabe treffen.

Der Ausbau der Besteuerung der Erbschaften durch das Reich unter Einbeziehung des Garten- und Kindererbes, auf das die Hauptmasse der Vererbung entfällt (etwa vier Fünftel), stellt eine alte Forderung dar. Die Sätze der Erbanfallsteuer, welche die Hauptbelastung darstellt, sind nach der Nähe des Verwandtschaftsgrades und der Höhe des einzelnen Anfalls gestaffelt. Sie bewegen sich zwischen 4 und 20 Prozent in der ersten Klasse (Ehegatten und Kinder) und in der letzten Klasse zwischen 15 und 50 Proz. Dazu kommt ein Zuschlag für das schon vorhandene Vermögen in Höhe von 10 bis 50 Proz. des Grundbetrages der Steuer. Die Steuersätze sind so bemessen, daß der kleine und mittlere Besitz insbesondere innerhalb des engsten Familienkreises nach Möglichkeit geschont wird. Der Gesamtertrag der künftigen Steuer ist für das bisherige Reichsgebiet auf etwas über 700 Millionen Mark veranschlagt, wovon die Gliedstaaten einen Anteil von 20 v. H. erhalten sollen.

Eine weitere Erhöhung der Belastung des Tabaks ist bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches unvermeidlich. Es wird vorgeschlagen, die sämtlichen fertigen Tabakerzeugnisse in gleicher Weise zu besteuern, wie jetzt die Zigaretten, nämlich nach ihrem Kleinverkaufspreis unter Verwendung von Steuerzeichen. Der Entwurf rechnet im Beharrungszustand, das ist beim Wiedereintritt regelmäßiger Verhältnisse, mit einem Gesamtertrag von 750 Millionen Mark, dies würde gegenüber den im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 eingestellten Einnahmen von Tabakabgaben, eine Mehreinnahme von 450 Millionen Mark bedeuten. Die Notwendigkeit, zur Deckung des erhöhten Finanzbedarfs des Reichs Mehreinnahmen zu schaffen, ist derart dringend, daß es nicht mehr angängig erscheint, von einer Erhöhung der Zuckersteuer abzusehen. Die erhebliche Preissteigerung des Zuckers während der letzten Jahre und die trotzdem verstärkte Nachfrage läßt erkennen, daß der Zucker eine stärkere Belastung vertragen kann. Die Vorlage sieht die Erhöhung von 14 Mark auf 30 Mark vor. Von einer solchen Erhöhung, der eine Verteuerung des Kleinhandelspreises um 8 Pfennige für das Pfund entsprechen würde, ist nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein nennenswerter Verbrauchsrückgang nicht zu befürchten. England und Frankreich erhöhen ihre Zuckersteuern gleichfalls.

Der Mehrertrag der geplanten Erhöhung der Spielkartensteuer wird auf 10 Millionen berechnet.

Auch die Zündwaren können dem Reiche größere Einnahmen zuführen, wenn einerseits die schon jetzt der Zündwarensteuer unterliegenden Zündhölzer und Zündkerzen höher besteuert werden, und wenn man andererseits die Feuerzeuge und Zündmittel ebenso wie die anderen Länder zur Steuer heranzieht. Der Entwurf sieht eine Verdoppelung der bisherigen Steuersätze vor. Bisher ist die Zündwarensteuer im Reichshaushalt mit rund 22 Millionen Mark eingestellt gewesen. Künftighin wird eine Mehreinnahme von rund 30 Millionen Mark erwartet.

Wenn die Reichsregierung den jetzt der Nationalversammlung vorgelegten Steuerentwürfen den Entwurf eines Bergnügungssteuergesetzes angefügt hat, so ist das geschehen, weil immer erneut aus allen Kreisen der Bevölkerung der Wunsch laut wurde, den besonderen Aufwand, der allenthalben, gerade auf dem Gebiet der Lustbarkeiten getrieben wird, nachdrücklich zu besteuern. Selbstverständlich ist, daß wirklich volkstümliche künstlerisch hochstehende Aufführungen eine steuerliche Bevorzugung verdienen.

Neue Steuervorlagen werden kommen — teilweise noch in diesem Monat — zu diesen rechne ich die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Der Staat wird durch radikale Gesetze und radikale Durchführung der Gesetze die Ungerechtigkeiten des Krieges wieder gutzumachen suchen. Die breiten Massen des Volkes warten seit der staatlichen Umwälzung auf das große Opfer der besitzenden Klassen. Pflicht der Besitzenden ist es, nicht nur sich dem staatlichen Zwange zu fügen, sondern sich zur inneren Ueberzeugung der Notwendigkeit der Hingabe aller Reichtümer und alles Ueberflusses durchzuringen und durch Abkehr von Selbstsucht, Eigennutz und Luxus die Brücke zur sozialen Versöhnung zu schlagen.

Grundlegende Systemänderungen in der Steuerverwaltung werden baldigst der Nationalversammlung unterbreitet. Diese Reformen werden die Vollendung des Gesamtwerkes darstellen.

Eine dringende Bitte habe ich, erledigen Sie alle Ihnen zugegangenen und noch zugehenden Steuervorlagen vor den Ferien im Interesse des Reiches. Ob reich oder arm, wir alle tragen zuviel Papiergeld in der Tasche herum. Wenn das Steuergesetz einsetzt, wird die Geldtasche dünner werden. Es folgt die Gesundung durch Sparsamkeit.

Die Steuergesetze selbst können freilich nur die Form geben, Steuern selbst bringen sie nicht. Diese werden nur gebracht durch Arbeit. Unermüdliche Arbeit ist der Segenbringer für die Einzelperson wie für das Reich. Von den Menschenrechten haben wir viel gesprochen und viel gehört. Die Menschenpflichten müssen wieder in ihre Rechte eingesetzt werden.

Den Reichtum hat uns der Krieg genommen. Die Welt hat uns die internationale Gerechtigkeit versagt, um so leidenschaftlicher und energischer aber wollen wir arbeiten für eine in Gerechtigkeit wiederaufblühende Heimat und all unser Sorgen und Mühen wohnen: dem armen, aber gerechten Deutschland. Gerechtigkeit, Arbeit und Vaterland müssen der hellтönende Dreiklang sein, der das neue Deutschland einläutet und dadurch bessere Zeiten ankündet.

Einem Vorschlage des Aeltestenausschusses entsprechend beschließt das Haus, daß von jeder Partei nur ein Redner je eine Stunde sprechen soll.

Abg. Keil (Soz.): Die Rede, die wir eben gehört haben, ist ein dankenswerter Versuch, die beispiellos ungeheuerlichen finanzpolitischen Aufgaben, vor denen wir stehen, zu meistern. Sie hat nur einen großen Fehler: sie ist zu spät gehalten worden. (Sehr gut!) Dieser Vorwurf richtet sich nicht gegen den gegenwärtigen Finanzminister, sondern gegen seine Amtsvorgänger, die es versäumt haben, rechtzeitig an eine steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne und des Besitzes heranzugehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Hunderte von Milliarden

sind in den fünf Monaten seit Zusammentritt der Nationalversammlung über die Grenzen geschmuggelt, verschoben, versteckt, verschwendet — jedenfalls dem steuerlichen Zugriff entzogen worden. Nicht nur materielle Verluste sind damit verbunden gewesen, sondern auch moralische Nachwirkungen der schlimmsten Art. Das Vertrauen weiter Volkskreise zur Reichsfinanzverwaltung ist dadurch bedenklich erschüttert worden; die Unruhe der letzten Monate sind reichlich durch diese großen Versäumnisse genährt worden. Und die Steuermoral und Steuerehrlichkeit hat die schwersten Einbußen erlitten. Das Bündel neuer Steuern, das uns nun endlich zur Beratung vorgelegt worden ist, läßt leider die große und kühne Entschlußkraft vermissen, ohne die eine Lösung der gigantischen Aufgaben auf diesem Gebiet unmöglich ist. Sie bewegen sich in dem engen Rahmen der bisherigen deutschen Kriegssteuergesetzgebung und bilden zum großen Teil nur eine Fortsetzung bezw. Wiederholung von Steuerarten, die während des Krieges schon in Angriff genommen worden sind.

Abg. Fariseik (Zentr.) spricht über die Steuerpolitik der verpaßten Gelegenheiten.

Abg. Schiffer (Dem.): Für meine Haltung als Minister übernehme ich die Verantwortung. Verwunderlich ist, daß weder die in der Regierung sitzenden Fraktionsgenossen des sozialdemokratischen Redners noch der jetzige Reichsfinanzminister trotz der ihm eigenen Aktivität gegen mich eingeschritten sind. (Hebh. Zust. b. d. Dem.). Die Verteuerung der Kriegsgewinne war schon vor Ostern fertiggestellt. Weshalb ist damals nicht verhandelt worden? Durch die Schuld der Nationalversammlung, die damals eine Pause einlegte. Sollte ich, um die

Auswanderung des Kapitals nach dem Auslande

zu verhindern, eine chinesische Mauer um Deutschland ziehen? Es standen nicht einmal genug Truppen zur Verfügung, um alle Posten zu besetzen, deren Beobachtung ich verlangt hatte, abgesehen davon, daß ich nichts unternehmen konnte gegen die von

der Truppe betriebenen Durchstechereien und gegen die über die Grenze fliegenden Flugzeuge. (Lebh. Bewegung.) Was uns hier geboten wird, ist im Grunde genommen nichts weiter als eine Weiterführung und Ausgestaltung, ist vielleicht der Schlußstein in der früheren Finanzgebahrung, die man allerdings ebenso gut als Finanzmisere bezeichnen könnte. Außerdem wissen wir immer noch nicht genau, was wir schuldig sind. Ohne große indirekte Steuern werden wir nicht auskommen. Das Kapital dürfen wir bei der Besteuerung nicht zerstören, sondern müssen dafür sorgen, daß möglichst viel Kapital erzeugt wird, um unsere Wirtschaft wieder hochzubringen. Gegen die Steuerunehrlichkeit müssen wir alle Mittel anwenden. Die Auskunftspflicht der Banken und Sparkassen muß international geregelt werden. Sonst geht das verheimlichte Vermögen in die Banken von Holland und der Schweiz. Die andern Staaten haben selbst an dieser internationalen Vereinbarung ein Interesse, weil wir unsern Verpflichtungen sonst nicht nachkommen können. Wir müssen und wollen die Lasten tragen, können sie aber auch tragen, wenn sie sich in vernünftigen Grenzen bewegen und nach Maßgabe der Kräfte verteilt werden. (Lebh. Zustimmung.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr. (Gesetzentwurf über den Friedensschluß.)

Aus den Mitteilungen des Präsidenten über den Arbeitsplan in der nächsten Zeit ist hervorzuheben, daß am Mittwoch nachmittag die erste Beratung der Steuervorlagen beendet werden soll. Die für Donnerstag beabsichtigt gewesene große politische Aussprache wird um 8 Tage verschoben.

Schluß 7¼ Uhr.

Der Prozeß gegen den Roten Soldatenbund.

Auch ein Geheimbund. — Heines neueste Niederlage.

Am 15. Februar wurde in einem Lokal in der Weberstraße eine Versammlung des Roten Soldatenbundes aufgehoben. Schwerbewaffnete Noskesoldaten erschienen mit Lastautos, veranstalteten auf der Straße eine Schießerei, bei der ein Unschuldiger das Leben lassen mußte, verhafteten die Versammlungsteilnehmer, etwa 90 an der Zahl, und brachten sie unter starker Bewachung in das Untersuchungsgefängnis Moabit. Die Aushebung der Versammlung wurde damit begründet, daß der Rote Soldatenbund Vorbereitungen zu einem neuen gewaltsamen Umsturz getroffen habe. Die bürgerliche Presse war tagelang vorher voller Alarmnachrichten über diesen bevorstehenden großen Putsch und die Korrespondenz Hofrichter behauptete sogar, daß es ausschließlich der Wachsamkeit der Polizei und der Soldaten zu danken sei, daß durch die Aushebung des Roten Soldatenbundes der Putsch verhindert wurde.

Herr Heine, damals preußischer Justizminister, nahm seinerseits in der preußischen Landesversammlung am 14. März die Gelegenheit wahr, noch einmal auf die Ungeheuerlichkeit des geplanten Verbrechens hinzuweisen. Er behauptete, daß durch Zeugenaussagen in dem Verfahren gegen die Führer des Roten Soldatenbundes die geplante Erhebung schon jetzt einwandfrei erwiesen sei. Die Stadt sei bereits in Bezirksorganisationen eingeteilt gewesen, ein ganzer Schlachtplan bis ins einzelne ausgearbeitet worden und auch über die Besetzung der Gebäude und über die Organisierung des Kampfes habe ein fertiger Plan vorgelegen.

Gestern fand nun vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weigert der Prozeß gegen die damals verhafteten Mitglieder des Roten Soldatenbundes statt. Die Anklage lautet auf Zugehörigkeit zu einer geheimen Verbindung, zu deren Aufgabe es gehört habe, Maßregeln der Verwaltung oder der Vollziehung von Gesetzen zu verhindern. Wir haben es also mit einem richtiggehenden Geheimbundprozeß zu tun. Und zwar wurde in der Anklageschrift hervorgehoben, daß sich die Tätigkeit dieses geheimen Bundes auf die Zeit von Mitte November 1918 bis Mitte Februar 1919 erstreckt habe.

Die Angeklagten, insgesamt 16, von denen zwei nicht erschienen sind, befanden sich zum größten Teil längere Zeit in Untersuchungshaft, sie sind jetzt bis auf die Hauptangeklagten Fröhlich und Schwentke aus der Haft entlassen worden. Die Unterlagen für den Prozeß und die Behauptungen des Herrn Heine wurden durch Regierungsspitzel geliefert. Die Vernehmung der Angeklagten ergab die völlige Haltlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen. Es handelt sich fast durchweg um harmlose Leute, die während der Revolution sich als Straßenhändler betätigten und die betreffende Versammlung des Soldatenbundes lediglich aus Neugierde besucht hatten. Den Angeklagten stehen die Verteidiger Rechtsanwalt Liebknecht, Dr. Weinberg und Dr. Kurt Rosenfeld zur Seite.

Die Vernehmung der Angeklagten.

Gleich bei Beginn der Verhandlung gab es eine kleine Ueberraschung. Die zum Anklagematerial gehörige Aktenmappe, die bei dem Angeklagten Fröhlich beschlagnahmt wurde, ist nicht mehr aufzufinden. Rechtsanwalt Liebknecht machte die aufsehenerregende Mitteilung, daß kürzlich in seiner Gegenwart ein Unbekannter im Untersuchungsgefängnis nach einem Ofen gefragt hat, da er angeblich Akten verbrennen wolle. Der Vorsitzende erklärt, daß es sich um die hier in Frage kommenden Akten nicht handeln könne, da sie nach gestern vorhanden gewesen seien. Rechtsanwalt Liebknecht macht jedoch noch die Mitteilung, daß er bereits bei einer Schutzhaftangelegenheit in den Akten gelesen habe: „Die Unterlagen sind auftragsgemäß verbrannt worden."

Der Hauptangeklagte Fröhlich wird eingehend über die Ziele und Zwecke des Roten Soldatenbundes vernommen. Er gibt an, daß er anfangs Verkäufer der „Roten Fahne" und des „Roten Soldaten" gewesen sei und später Expedient des „Roten Soldaten" wurde. Der Rote Soldatenbund habe den Zweck verfolgt, die Kameraden aus dem Felde einer Organisation auf der Basis der Revolution zuzuführen und sie über ihre Aufgaben in der Revolution aufzuklären. Nach Auflösung der Heeresverbände sei die Aufgabe des Bundes beendet gewesen und er sei deshalb aufgelöst worden. Der Bund war auf Anregung Karl Liebknechts ins Leben gerufen und sollte die Vorarbeiten zur Bildung einer Arbeiterarmee leisten. Diese sollte wie die Freiwilligenregimenter der jetzigen Regierung zum Schutze einer wirklich sozialistischen Regierung und

zum Schutze der Revolution vor einer Gegenrevolution von rechts

gebildet worden. Der Rote Soldatenbund war eine Organisation, die in vollster Oeffentlichkeit für die Ziele der kommunistischen Partei agitierte, die Versammlungen wurden öffentlich durch die Zeitungen bekanntgegeben. Eine Einteilung der Mitglieder nach militärischen Gesichtspunkten habe nicht stattgefunden, ebensowenig eine Bezirkseinteilung. Fröhlich sei von einem Beauftragten Eichhorns aufgefordert worden, eine Liste von Mitgliedern der U. S. P. und der K. P. D. für die Sicherheitswehr aufzustellen, die im Auftrag der Regierung neu gebildet werden sollte. Diese Liste habe der Staatsanwalt als Mitgliederliste des Roten Soldatenbundes angesehen. Eine gleiche Liste habe aber Eichhorn, da es sich um eine Regierungsmaßnahme gehandelt habe, auch von der Mehrheitspartei eingefordert.

Der Angeklagte behauptet dann weiter, daß der Rote Soldatenbund nie ein Waffenlager besessen habe. Ein solches hätte nur im Gehirn der Spitzel bestanden. Auch die Behauptungen in den Zeitungen über Stoßtrupps seien Schwindel. Vorsitzender des Bundes sei Grubusch gewesen, der mit sechs anderen Genossen bei der „Vorwärts"-Einnahme in der Dragonerkaserne ermordet worden sei. Grubusch, der sich als revolutionärer Obmann dort aufhielt, habe während der Besetzung zum Teil seine Geschäfte als Vorsitzender des Soldatenbundes erledigt. Der Vorsitzende hält Fröhlich bei dieser Gelegenheit einen Brief vor, vom Roten Soldatenbund unterstampelt und „W. Haase" unterzeichnet. In diesem Briefe wird ein gewisser Meerscheid aufgefordert, die Maschinen im Hause Ullstein unbrauchbar zu machen. Fröhlich erklärt, daß Haase mit dem Stempel des Soldatenbundes Mißbrauch getrieben habe und zu einem solchen Befehl gar nicht berechtigt war. Der Brief wäre auf Verlangen der Regierungsspitzel Roland und Hildebrand geschrieben worden, sei aber nicht nach Ullstein gelangt, sondern sofort dem damaligen Stadtkommandanten Fischer übergeben worden.

Am Tage der „Vorwärts"einnahme hat Fröhlich das Bureau des Bundes verlassen, da ein Kamerad ihn von dem Befehl des Leutnant Bachmann, ihn zu erschießen, benachrichtigt wurde. Leutnant Bachmann habe später an die Mieter des Hauses die Bureaumöbel des Roten Soldatenbundes verkauft.

Ein Flugblatt, aus dem die Anklage den Plan eines bewaffneten Aufstandes durch den Roten Soldatenbund herleiten will, erklärt der Angeklagte Fröhlich als Spitzelmache, da in demselben von Bezirksleitern gesprochen wird, die jedoch gar nicht existiert haben. Für die Zukunft habe der Rote Soldatenbund keine Pläne gefaßt, es habe nach den Januarkämpfen nur noch eine Versammlung stattgefunden, in der zweiten seien sie dann verhaftet worden.

Es werden dem Angeklagten Fröhlich sodann allerhand beschriebene Zettel vorgelegt, aus denen man nicht ersehen kann, was damit bezweckt wird. Belastendes ergeben sie jedenfalls nicht. Fröhlich erklärt noch, daß der Kultusminister

Haenisch sich persönlich den „Roten Soldaten" im Bureau abgeholt hätte

und dabei manchmal kleine Geldspenden hinterlegt habe. Die Regierung habe daher unbedingt von dem „geheimen" Roten Soldatenbund Kenntnis haben müssen.

Die Aussagen der übrigen Angeklagten ergeben, daß außer Mayer keiner von ihnen Mitglied des Roten Soldatenbundes war, einige haben sich als Verkäufer des „Roten Soldaten" betätigt. Sie sind zufällig, auf die öffentliche Ankündigung hin, in die Versammlung in die Weberstraße gekommen und dort verhaftet worden. Der Angeklagte Urban gibt noch an, daß in der Versammlung vom 8. Januar einige Matrosen und Zivilisten die Versammelten hätten auffordern wollen, zum Marstall zu gehen und mit den Matrosen gemeinsame Sache zu machen. Diese Leute hätten sich nachher als Provokateure entpuppt. Einer von ihnen sei der Zeuge Grasnick.

Die Fortsetzung der Beweisaufnahme wird auf Mittwoch vertagt.

Der Prozeß gegen Mühsam und Genossen.

Zweiter Verhandlungstag.

München, 8. Juli 1919.

Die Verhandlungen wurden heute fortgesetzt. Das Gericht setzt sich zusammen aus drei Berufsrichtern und zwei Offizieren.

Der Angeklagte Soltmann rechnet sich zu den Unabhängigen. Er war Volksbeauftragter für das Innere.

Angeklagter Killer gibt an, daß er sich als Soldat der Revolution sofort in München angeschlossen habe. Er wurde in den Soldatenrat gewählt und kam auch in den Geschäftsausschuß des Landes-Soldatenrates. Als Eisner ermordet wurde, wurde ein Zentralrat gewählt, der ihn in die Bewaffnungskommission zur Bildung einer Volkswehr wählte. Dieser Kommission gehörten auch Polizeipräsident Steiner und Stadtkommandant Dürr an. Ebenso ein gewisser Herr Lindemann vom Volksrat aus Garmisch, der später durch seine Millionenschiebung bekannt wurde. Dieser Lindemann habe verleumderischerweise behauptet, daß er, der Angeklagte, die Arbeiter einseitig bewaffnet und nur Spartakisten eingestellt habe. Deshalb sei er aus der Bewaffnungskommission ausgetreten. In der Nachsitzung im Kriegsministerium, wo die Räterepublik beschlossen wurde, habe er das Mandat eines Volksbeauftragten für das Militärwesen der Räterepublik abgelehnt, weil Schneppenhorst seiner Meinung nach sich auf dem Standpunkt der Räterepublik gestellt hatte. Er sei nur im Kriegsministerium als Kontrollorgan im sozialistischen Sinne tätig gewesen und habe dafür zuerst 18 M., später 8 M. Tagegelder erhalten. — Vorsitzender: Das war umgekehrt wie bei Dr. Wadler, der bekam immer mehr. — Angeklagter: Wir erhielten nur unsere baren Auslagen.

Sodann hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß er nach Zeugenaussagen mit Landauer und Lewin andere weniger Intelligente vorgetrieben habe. Der Angeklagte bestreitet das und erklärt, daß er mit Kommunisten keine nähere Fühlung gehabt habe, da er doch Unabhängiger sei. Vorsitzender: Die Soldatenräte hatten den Sturz der Räterepublik beschlossen, Sie aber sollen nachher dieselben wieder umgestimmt haben, als der Führer des Soldatenrats fortgegangen war. Sie sollen auch den Vorsitzenden des Soldatenrats des Leibregiments beeinflußt haben, seine Zusage, die Regierung zu unterstützen, zurückzunehmen und Hilfe beim Kampfe um den Hauptbahnhof zu versagen. Auch das stellt der Angeklagte in Abrede, dagegen gibt er zu, an verschiedenen Aufrufen zu Gunsten der Roten Armee mitgewirkt und dieselben unterzeichnet zu haben.

Nach der Ermordung Eisners habe, so erklärt der Angeklagte weiter, Stadtkommandant Dürr in einer Soldatenratssitzung die Verteidigung des Landtages abgelehnt. Auf sein, des Angeklagten, Vorhalten habe Dürr erwidert: Du wirst noch ganz etwas anderes erleben. Es werden sich in einigen Tagen noch ganz andere Dinge ereignen. — Vorsitzender: Das ist ja auch eingetreten. — Verteidiger: Aber in anderem Sinne.

Der Angeklagte Kandbinder bezeichnet sich als Mehrheitssozialisten. In der entscheidenden Sitzung im Kriegsministerium habe er den Auftrag erhalten, nach Würzburg zu fahren. Keiner seiner Parteigenossen habe gegen die Räterepublik gesprochen. Auch die Minister nicht. Es war allgemeine Ansicht, daß

die Räterepublik nicht mehr aufzuhalten

sei. Ich habe keine Bedenken gehabt, mitzumachen, da ich mich in guter Gesellschaft sah. — Vorsitzender: Sie sollen gar in Würzburg mit den Gemäßigten verkehrt, aber alle Zeugen hatten den Eindruck, daß Sie für die Räterepublik seien. — Angeklagter: Ich war immer innerlich Gegner. — Vorsitzender: Dann hätten Sie das doch auch zum Ausdruck bringen müssen. — Angeklagter: Man hätte mich niedergebrüllt, wie es in München geschah. Meine Parteigenossen hatten mich doch gewählt und ich sah, daß alle Parteiführer die Sache mitmachten. — Vorsitzender: Im Zentralrat sollen Sie gesagt haben, man müsse Waffen haben zum Durchbruch nach Amberg. Habe man Amberg, dann sei man in Sicherheit. — Angeklagter: Davon weiß ich nichts. — Vorsitzender: Vielleicht ist es eine Namensverwechselung, denn Ihre Aussage macht ja einen durchaus ehrlichen und glaubwürdigen Eindruck. — Angeklagter Mühsam: Diese Aeußerung ist gefallen, aber von einem ganz anderen. Eine solche Aeußerung aus dem Munde eines Mehrheitssozialisten wäre ganz ausgeschlossen. — Auch der Angeklagte Dr. Wadler bestätigt, daß Kandbinder diese Aeußerung nicht getan habe. — Der Angeklagte Kandbinder beschwert sich dann über schlechte Behandlung bei seiner Verhaftung. Jetzt ist er gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt.

Der Vorsitzende erwähnt weiter, daß einer der Verhafteten, dessen Namen er jetzt nicht nennen wolle, die Regierung mit Bittschriften bestürmt habe, ihn freizulassen, da er auf dem Standpunkt der Regierung stehe. Als er freigelassen wurde, hat er eine Skandalszene im Gefängnis ausgeführt und gerufen: Nieder mit der Regierung! Hoch die Räterepublik! Ich gehe jetzt nach München und

errichte eine Dampfguillotine.

Die Angeklagten erklären sämtlich, daß sie diesen Ruf nicht gehört haben. — Angeklagter Mühsam: Wir haben diese Rede zwar nicht gehört, aber sie waren zweifellos für uns bestimmt. — Die Aussage des Ministers für soziale Fürsorge, Segitz, daß dem Ministerium Hoffmann bereits vor der Räterepublik Mitteilungen gehörte. Er gibt zunächst Auskunft über die Ministerratssitzung vom 4. April, der er, nachdem sich Ministerpräsident Hoffmann entfernt hatte, präsidierte. Im Laufe der Sitzung erschien eine Abordnung aus Augsburg und machte Mitteilung, daß in Augsburg eine große Versammlung, die von den Mehrheitssozialisten einberufen worden war, nach einem Referat des Herrn Nickisch mit großer Begeisterung einstimmig die Ausrufung der Räterepublik beschlossen habe. Sie verlangte, daß der Ministerrat die Räterepublik anerkenne. Ich erwiderte, davon könne keine Rede sein. Was mute man mir zu; man mute ja dem Ministerium damit einen Verfassungsbruch zu. Der Verhandlung wohnte u. a. auch der Militärminister Schneppenhorst bei, der sich ebenfalls entschieden gegen die Räterepublik aussprach. Es kamen dann auch Stadtkommandant und Polizeipräsident hinzu, die erklärten, daß die Einberufung des Landtages gegen die Abmachungen gewesen sei. Sie könnten keine Garantie übernehmen, den Landtag zu schützen. — Vorsitzender: Hat auch Herr Schneppenhorst das gesagt? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Vorsitzender: Jedenfalls war er aber so wie sie gegen die Räterepublik. — Zeuge: Gewiß. Nach kurzer Zeit erschien dann noch eine neue Deputation. Sie bestand mit Ausnahme des Herrn Nickisch, der sich zu jener Zeit noch zu den Mehrheitssozialisten rechnete, nicht aus Parteigenossen. Es waren darunter die Herren Dr. Wadler, Mühsam und Dr. Landauer. Sie teilten mit, daß die Räterepublik im Anzuge sei; in München hätten sich alle Richtungen des Proletariats vereinigt und die Einheitsfront sei hergestellt. Ich sollte den neuen Verhältnissen Rechnung tragen und einen Ministerposten übernehmen. Ich erwiderte, daß ich das nicht könne. Was mute man mir zu, ich sei 40 Jahre in der Partei und man könne doch nicht verlangen, daß ich meiner Partei in den Rücken falle.

Vorsitzender: Herr Wadler behauptet, Sie hätten gesagt, „Kinder, ich bin doch für Euch." — Zeuge: Diese Aeußerung habe ich nicht gemacht. Ich habe mich niemals für die Räterepublik ausgesprochen, sondern immer erklärt, daß ich ohne Zustimmung meiner Partei nicht handeln könnte. — Vorsitzender: Die Räterepublik wurde dann ausgerufen. Sie haben aber weiter in ihrem Amt fungiert. — Zeuge: Gewiß, im Ministerium Hoffmann, das hat ja sein Amt beibehalten. Ich fuhr noch an demselben Tage nach Fürth und am nächsten Tage kam ich zu meinem Erstaunen die Ausrufung der Räterepublik in München. Angeklagter Mühsam: Warum haben Sie dann nicht öffentlich protestiert, als es in den Zeitungen hieß, Sie seien von der Räterepublik als Volksbeauftragter aufgestellt? Zeuge: Ich habe das garnicht gelesen. — Mühsam: Der Herr Minister war in jener Besprechung sehr wortkarg. Wir haben das als eine Zustimmung angesehen. Er hat ja auch gesagt, wir hätten seine Sympathien. — Vorsitzender: Der Herr Zeuge hat schon erklärt, daß er das nicht gesagt habe. Angeklagter Dr. Wadler hält dem Zeugen ebenfalls nochmals vor, ob er sich nicht erinnere, zu ihm selbst gesagt zu haben:

„Kinder, Ihr wißt ja, ich bin für Euch!"

Zeuge Segitz: Das habe ich sicher nicht gesagt. — Angeklagter Dr. Wadler: Ich habe dem Minister am 17. April aus dem Zuchthaus einen Brief geschrieben, in dem ich ihn aufforderte, mit dem Minister Endres zu mir zu kommen zu einer Besprechung, wenn er weiteres Blutvergießen vermeiden wolle. — Vorsitzender: Eine so bedeutende Persönlichkeit sind Sie doch nicht, daß Sie zwei Minister zu sich kommen lassen konnten. — Angeklagter: Nach der Qualität der Minister, die wir hier in München gesehen haben, glaube ich doch eine maßgebende Persönlichkeit zu sein. — Zeuge Segitz: Ich habe geantwortet, daß die Besprechung nutzlos sei, er möge sich nicht an die Regierung in Bamberg, sondern an die Machthaber in München wenden, wenn er Blutvergießen vermeiden wolle. — Angeklagter Dr. Wadler: Darnach ist also die Behauptung des Ministeriums Hoffmann in seiner Proklamation, daß es alles getan habe, um Blutvergießen zu vermeiden, nicht wahr. — Angeklagter Mühsam: Dr. Gustav Landauer hat nicht von einer Einigung der Parteien gesprochen, sondern von einer Einigung des Proletariats. Der Parteiunterschied der Herren war uns ja vor Augen. Wir hatten im Auge das aktiv am Geschehen beteiligte Proletariat. Und dieses wollte von dem Parteibrodgenium nichts mehr wissen. — Zeuge Segitz: Ich erinnere mich genau, daß mir gesagt wurde, es gibt keine Parteien mehr; es gäbe keine U. S. P., keine Mehrheitssozialisten, die Einigungslinie sei hergestellt. Ich habe mich an den ganzen Konventikeln und Beratungen nicht mehr beteiligt, weil ich viel zu sehr mit Arbeiten beschäftigt war. Zu der Landtagseinberufung erklärt Segitz, daß damals Ministerrat und Aktionsausschuß geglaubt hatten, die Lage sei sicher, sonst hätte man den Landtag nicht einberufen. — Verteidiger: Würden Sie eine Aenderung zugestimmt haben, wenn alle sozialistischen Parteien damit einverstanden gewesen wären? — Zeuge: Nein. Eine Aenderung der Verfassung konnte nur auf den Landtag erfolgen. Das Gefühl, daß die Mehrheit des Volkes für die Räterepublik war, konnte doch niemand haben.

Die Verhandlungen gehen weiter.

Ein vernichtendes Urteil.

„Het Volk" über die Politik der Rechtssozialisten.

Das Zentralorgan der holländischen Sozialdemokraten „Het Volk" hat immer mit besonderer Aufmerksamkeit die Vorgänge in der deutschen Sozialdemokratie verfolgt und sich bei allen kritischen Aeußerungen bemüht, ruhig und sachlich den inneren Konflikt in der deutschen Sozialdemokratie zu beleuchten. Um so mehr Beachtung verdienen jetzt seine Aeußerungen über den rechtssozialistischen Parteitag in Weimar. Im Anschluß an die Debatten über das Referat Ed. Bernsteins formuliert „Het Volk" seine Stellung zu der Politik der deutschen Rechtssozialisten, namentlich über die verhängnisvolle Haltung, die sie in der äußeren Politik auch nach der Revolution einnehmen.

Was dem sorgsamen Leser des Parteiberichtes auffalle, meint das Blatt, das sei das auf dem Parteitag vorherrschende Bestreben, die deutsche Sozialdemokratie, das deutsche Volk und selbst in gewissem Grade die Träger des alten Systems als die schuldlos weißen Lämmer hinzustellen, die durch die Imperialisten der Entente zur Schlachtbank geführt worden seien. Wenn auch im Juli 1914 Rußland eine den Frieden bedrohende Gefahr war, so sei doch die Kriegsgefahr in Europa erst fühlbar geworden, als Wilhelm II. seinem Bundesgenossen in Wien freie Hand gegen Serbien ließ und ihm die Versicherung gab, daß Hohenzollern unter allen Umständen Schulter an Schulter zu Habsburg stehe — und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Lage Deutschlands in Europa unhaltbar werde, wenn das morsche Oesterreich nicht bestehen bleibe. Dann heißt es:

„Daß das kapitalistische System den Imperialismus erzeugt und den Militarismus zu einer bis dahin ungekannten Höhe geführt hat, daß es geeignet ist, immer wieder aufs neue die Kriegsgefahr zu wecken, ist die Ueberzeugung eines jeden Sozialdemokraten. Aber bis 1914 waren die Regierungen wenigstens der Westmächte vor der Verantwortung an einem Kriege, an einem Weltkriege, zurückgewichen. Die verhängnisvolle Verantwortlichkeit, nicht allein für das Drohen mit dem Kriege, sondern auch für den Ausbruch des Krieges — das ist die schwere, unauslöschliche und unverzeihliche Schuld des Mannes, der nun in Amerongen sitzt, des Kaisers und seiner Helfer und Hintermänner. Noch immer scheint das einem Teil unserer deutschen Parteigenossen nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, noch immer versuchen einige die Schuld der früheren deutschen Regierung abzuwälzen auf eine oder mehrere der Ententemächte; noch immer begreifen sie nicht, daß der übergroße Teil der Welt auch die künstliche Gruppierung von Zitaten nur mit Achselzucken aufnimmt. Erwiesene und selbstverständliche Tatsachen sind nun einmal nicht hinwegzuzitieren.

Wir können nicht beklommen genug darauf hinweisen, daß Ausführungen, wie sie Dr. David nun wieder mal auf dem Parteitag in Weimar gemacht hat, für das Deutschland von heute und für das Deutschland von morgen gefährlicher sind als eine gelegentliche Entgleisung Bernsteins. Von den Imperialisten, Militaristen und Nationalisten, der Entente hat Deutschland wenig Gutes, viel Schlimmes, unendlich viel Schlimmes zu erwarten. Die einzige Hoffnung für Deutschland, für den Frieden, für die Menschheit ist die Arbeiterklasse der Kulturländer. Soll eine fruchtbare Aktion zugunsten der Lage Deutschlands ins Werk gesetzt werden, dann muß das allgemeine Solidaritätsgefühl mit der Arbeiterklasse der anderen Länder genährt werden durch das Vertrauen, das die deutsche Arbeiterklasse weckt. Nichts hat Clemenceau so mächtig gemacht, als die Haltung unserer deutschen Partei während des Krieges, und wenn nun noch einer der leitenden Männer der deutschen Partei unter Berufung auf Jaurès den Versuch macht, Wilhelm und seine Trabanten von der Schuld zu entlasten, dann dient das nicht dazu, Vertrauen zu Deutschland zu erwirken, sondern es hilft das Vertrauen verstärken, das die Nationalisten in Frankreich und England mit beispiellosem Eifer zu unterhalten wissen."

Das holländische Parteiblatt beruft sich auf eine Aeußerung von Wels auf dem Weimarer Parteitag, daß die Friedensbedingungen von Versailles die Rechtfertigung seien für die Haltung der deutschen Sozialdemokratie am 4. August 1914. Demgegenüber sagt „Het Volk", war für den übergroßen Teil der sozialistischen Welt außerhalb Deutschlands die Erklärung von Bernstein, daß er den 3. und 4. August 1914 als den schwärzesten Tag seines Lebens betrachte, das erlösende Wort, unentbehrlich bei den großen Parteien der Internationalen, unentbehrlich für die Wiederherstellung einer wahrhaften Friedensstimmung bei den Völkern der Entente."

Demgegenüber habe Adolf Braun von „alten Kamellen" gesprochen, von „alten Kühen", die man nicht mehr aus dem Stalle holen solle — und er habe damit Beifall gehabt. Der Aufsatz schließt: „Bleibt die deutsche Partei, bleibt das deutsche Volk in dieser Stimmung, dann wird es lange dauern, ehe die Vorbedingungen für eine fruchtbare Aktion zugunsten einer Milderung des Gewaltfriedens, der dem Unterliegenen aufgezwungen wurde, gegeben ist. Das Bewußtsein, daß der Friedensvertrag in erster Linie die deutsche Arbeiterklasse trifft, wird bei den Völkern der Entente und bei den Arbeiterparteien nur äußerst langsam durchdringen, wenn nicht die deutsche Arbeiterklasse sich von dem Geist des Bernsteinschen Wortes beseelen läßt und anerkennt, daß sie im August 1914 und noch lange nachher allzu leicht der Verhetzung und dem Betrug der Kaiserpartei zum Opfer gefallen ist, daß sie gegenüber der nationalistischen und militaristischen Propaganda des Kaisers und seiner Helfer zu wenig Kritik, zu wenig geistige Widerstandskraft entgegengesetzt hat."

Das holländische Parteiblatt weist dann noch hin auf den bevorstehenden Kongreß der Internationalen, wo die Schuldfrage zur Sprache komme. Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und weiter von ganz Europa würde dann die Haltung der deutschen Sozialdemokratie sein.

„Het Volk" hofft, daß sich bis dahin der Geist Bernsteins mehr und mehr in der rechtssozialistischen Partei durchgesetzt haben würde. Diese Hoffnung mutet angesichts des systematischen Feldzugs, den die Parteibonzen und der „Vorwärts" gegen die Ketzereien Bernsteins eingeleitet haben, recht sonderbar an. Mag es noch so mächtig in dieser Partei rumoren, die Parteibureaukratie hält trotz aller Einbrüche der oppositionellen Elemente den Apparat fest in Händen —, das hat der Weimarer Parteitag klar erwiesen. Auf eine innere Gesundung dieser Partei zu hoffen, ist eine Utopie, die die Parteien der Internationale aufgeben müssen, um auf dem bevorstehenden internationalen Kongreß in Luzern die Konsequenzen daraus ziehen zu können.

Gewerkschaftliches.

Mitbestimmungsrecht der Angestellten.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat in der Streitsache zwischen dem Arbeitsausschuß der Angestellten der Groß-Berliner Kriegsorganisationen und den Direktoren dieser Stellen folgenden Schiedsspruch gefällt:

„Dem Angestellten-Ausschuß wird das Mitbestimmungsrecht in allen wirtschaftlichen und das Arbeitsverhältnis berührenden Fragen zuerkannt; insbesondere bezieht sich dies auf die Einstellungen, Kündigungen und Entlassungen von Angestellten, auf die Festsetzung von Gehältern, Urlaubsbewilligungen und Beförderungen.

Bei Unstimmigkeiten zwischen der Geschäftsleitung einerseits und dem Angestellten-Ausschuß andererseits ist innerhalb 3 Tagen der Vorschlichtungs-Ausschuß (§ 5) anzurufen. Bei Kündigungen und Entlassungen hat der Widerspruch des Angestellten-Ausschusses aufschiebende Wirkung.

Bei beabsichtigten Organisationsänderungen oder Auflösung des Betriebes oder einer Betriebsabteilung ist der Angestellten-Ausschuß so rechtzeitig heranzuziehen, daß er in der Lage ist, die wirtschaftlichen Interessen der Angestellten wahrzunehmen. Der Angestellten-Ausschuß hat in Gemeinschaft mit der Geschäftsleitung darüber zu wachen, daß im Betrieb der zu vereinbarende Tarifvertrag, sowie alle getroffenen und noch zu treffenden Abkommen durchgeführt werden.

Der Angestellten-Ausschuß hat das Recht, Beschwerden über etwa nach seiner Auffassung unzweckmäßige oder die Interessen der Angestelltenschaft benachteiligende Vorkommnisse schriftlich oder mündlich bei der Geschäftsleitung vorzubringen und die Beseitigung von Uebelständen in Gemeinschaft mit der Geschäftsleitung zu veranlassen. Es liegt ihm ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Angestelltenschaft sowie zwischen der Angestelltenschaft und der Geschäftsleitung zu fördern. Der Angestellten-Ausschuß hat auch sein Augenmerk auf die Bekämpfung der gesundheitlichen Gefahren zu richten."

Die Herren Direktoren haben sich diesem Schiedsspruch nicht unterworfen, ein Zeichen, von welch reaktionärem Geist diese Herren noch erfüllt sind. Sache der Angestellten der Kriegsorganisationen ist es, die Anerkennung dieses Schiedsspruches durchzusetzen.

Tarifschwierigkeiten in der Herrenwäschebranche.

In einer Versammlung der Mitglieder der Herrenwäsche-Branche des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands, die am Montag in Bockers Festsälen stattfand, erstattete Kollege Jajewsky ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Es handelt sich um die Festsetzung des Tarifs, der nach dem achtwöchigen Streik im Prinzip anerkannt wurde, dessen Ausgestaltung aber entgegen der Zusagen vor dem Schlichtungsausschuß von den Unternehmern in illoyaler Weise hintertrieben wird. Insbesondere kommt der Wochenlohn der Näherinnen in Frage. Die Unternehmer halten an 60 Mk. Wochenlohn für die Näherinnen fest, während die Brancheleitung auf 65 Mk. besteht, und sich auf ihren Vorbehalt bei der Unterzeichnung des Tarifs beruft. Außerdem sollen noch zwölf andere Positionen des Tarifentwurfes erhöht werden. Wegen der ablehnenden Haltung der Unternehmer wandte sich die Branchenleitung erneut an den Schlichtungsausschuß. Wegen des Verkehrsstreiks ist aber eine Verhandlung noch nicht zustande gekommen. Kollege Jalewsky richtete außerdem noch eine dringende Mahnung an die Arbeiter und Arbeiterinnen, nicht auf die tarifmäßig zustehenden Ferien zu verzichten. Es sei leider festzustellen, daß eine große Zahl Arbeiterinnen ein paar Pfennige wegen, das in hartem Kampfe errungene soziale Ideal preiszugeben bereit ist.

Gegen die bürgerliche Presse.

Der Arbeitsausschuß der Angestellten in den Kriegsorganisationen wendet sich in einem Rundschreiben gegen die bürgerlichen Zeitungen, vornehmlich „Vossische Zeitung" und „Berliner Tageblatt", die stets gegen die Interessen der Angestellten Stellung genommen haben. Er fordert die Angestellten auf, derartige Blätter nicht weiter zu abonnieren.

Wiedereinstellung Dr. Kaplans. In Sachen der Maßregelung des Obmannes des Angestellten-Ausschusses der Reichsbekleidungsstelle Dr. Kaplan hat der Reichswirtschaftsminister entschieden, daß die Kündigung als ungiltig zu betrachten und der Genannte wieder einzustellen ist.

Groß-Berlin.

Berliner Spottvogel.

Un haben wir och nischt zu sagen mehr,
So hab'n wir doch Soldaten.
Im Ilmer Theater wird deste mehr
Jequasselt, det heeßt beraten.

Un haben wir och keene Freiheit mehr,
So hab'n wir doch Kanonen!
Und hungert uns mal jar zu sehr,
So jibt et blaue Bohnen!

Un sind wir och keen Volk nich mehr,
I nu, so sind wir Knechte!
Un haben wir och keene Rechte mehr,
So behalten wir doch die Rechte!

(Nach Glaßbrenner.)

Der Zahlabend.

Unsere politische Organisation in Berlin ist auf dem System der Zahlabende aufgebaut. Diese Zahlabende sind Zusammenkünfte der organisierten Mitglieder bestimmter Bezirke, in denen sich die Mitglieder zusammenfinden nicht lediglich zum zahlen der Beiträge, sondern auch zum Austausch über alle die Partei und das politische Leben betreffenden Fragen. Sache des Bezirksführers ist es, dafür zu sorgen, daß die kleinen Organisationsfragen zurücktreten, um Zeit für die großen uns alle bewegenden Fragen der Zeit zu gewinnen. Diese Zahlabende sind von der Partei der Rechtssozialisten bei Gründung ihrer Organisation verlästert und verspottet worden und sie sagten ihren Mitgliedern, daß sie [illegible] erhaben wären über diese veraltende Einrichtung, sie wollten „Großes" schaffen. Jetzt bauen diese so gescheiten Leute wieder zurück; sie empfehlen im „Vorwärts" ihren Mitgliedern diese Zahlabende von neuem in folgender Ankündigung:

„Wer denkt nicht zurück an die oft anregenden und vertiefenden Diskussionen, die wir so oft auf unseren Zahlabenden hatten! Beinahe glaubte man manchmal, wir hätten den vollendeten Zukunftsstaat, wenn wir so einen Zahlabend sahen. Ist die gegenwärtige Zeit auch reich mit Versammlungen besät, so müssen wir doch wieder zu dem Zustand zurückkehren, daß unsere Zahlabende der Ort sind, wo wir unser Wissen vertiefen, uns rednerisch betätigen und uns aussprechen können über das, was die Partei tut und was sie nicht tut. Die Zahlabende sind nicht nur zum Zahlen da, sie sind zum Reden, zum Handeln da; fragt unsere treubewährten Funktionäre, ob nicht gerade auf dem Zahlabend sie sich ihre ersten Sporen verdient haben. Wenn hier nicht immer die Stätte der Anregung ist, so liegt das nicht an der Partei, sondern an den Mitgliedern selbst. Gibt es nicht so ungeheuer viel Stoff in dieser Zeit? Wir haben doch seit der Revolution viele neue Mitglieder gewonnen; diese in den Sozialismus einzuführen, muß die vornehmste Aufgabe der Zahlabende sein. Nehmt die grundlegenden Broschüren unserer Altmeister, bringt sie zur Kenntnis aller Genossen, laßt Abschnitt für Abschnitt diskutieren, und ihr werdet sehen, über welche leichte Auffassungsgabe viele unserer Mitglieder verfügen. Jeder einzelne wird gebraucht im Dienste der Partei, zum Wohl der Menschheit. Zur gegenseitigen Belehrung sind die Zahlabende eingerichtet, der geistigen Weiterbildung sollen sie dienen, darum Genossinnen und Genossen, Vorwärtsleser, besucht den Zahlabend."

Auf einmal wird der Zahlabend wieder in den Himmel gehoben, nachdem er seit Jahren als der Ausbund geistiger Verödung gegeißelt wurde. Wir haben immer betont, der Zahlabend kann Gutes wirken, wenn die Leiter sich Mühe geben, ihn seinem Zweck wirklich dienstbar zu machen.

Gustav I.

Berliner Zeitungen berichten, daß der Entscheidung des Derby-Rennens auf der Grunewald-Rennbahn auch der Reichswehrminister Noske beigewohnt habe. Vom Rennvereinpräsidenten, Herrn von Oertzen, begrüßt, nahm er in der Hofloge Platz und besah sich von dort aus die Rennen. — Die neue Majestät, Gustav der Große, übte sich offenbar in der schweren Kunst des Regierens.

Das Frühstück im Gerichtssaal oder zweierlei Justiz.

Am vergangenen Sonnabend wurde in der Verhandlung einer Strafkammer in Moabit ein Zuhörer von dem Vorsitzenden aufs schärfste angefahren, weil er sich erlaubt hatte, während der Verhandlung im Gerichtssaale zu essen. Als der Betreffende sich den Ton des Vorsitzenden verbat, erhielt er zunächst 50 M. Geldstrafe, und als er hiergegen protestierte, noch wegen Ungebührlichkeit eine sofort zu verbüßende Haftstrafe von 24 Stunden hinzu.

Unsere Leser werden sich vielleicht noch einer ähnlichen Szene vor mehreren Wochen erinnern, da auch jemand im Gerichtssaal frühstückte. Damals war es zwar kein bloßer Zuhörer, und auch kein gewöhnlicher Bürger, sondern es war der mit umgeschnalltem Revolver im Gerichtssaal erscheinende, wegen Beihilfe zum Mord angeklagte Hauptmann Weller im Prozeß gegen die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Als dieser Herr damals während der Verhandlung, die ihn als Angeklagten ja wohl etwas mehr anging als einen Zuhörer, ungeniert frühstückte, und als die anderen Angeklagten in der flegelhaftesten Weise sich benahmen und einige von ihnen sogar während der Verhandlung Zeitung lasen, da fiel es dem damaligen Vorsitzenden durchaus nicht ein, von selber dagegen einzuschreiten. Erst auf die Kritisierung dieser Zustände in der „Freiheit" hin schränkte er dann das für Angeklagte unerhörte Benehmen der Offiziere etwas ein. Wenn aber ein an einer Verhandlung gänzlich unbeteiligter Zuhörer auch nur zu essen wagt, so erhält er gleich 50 M. Geldstrafe und noch 24 Stunden Haft hinzu.

Der Ring- und Stadtbahnverkehr.

Der Berliner Ringbahnverkehr ist gestern morgen in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Fahrt selbst war allerdings nicht ohne Lebensgefahr auszuführen. Die Kupees waren wie die Oelsardinenbüchsen gepreßt voll. Viele Passagiere machten die Fahrt auf den Trittbrettern stehend und zwischen den einzelnen Wagen kauernd. Es verkehren auch die Züge nach Spandau, von Charlottenburg aus und die Züge Spandau—Strausberg, die wie immer über die Ferngleise gehen. Es ist also nur noch der Stadtbahnverkehr vom Schlesischen Bahnhof bis Bahnhof Charlottenburg gesperrt. Jedoch ist zu erwarten, daß der gesamte Stadtbahnverkehr am Donnerstag wird wieder aufgenommen werden können.

Immer wieder Schüsse auf der Straße.

Die sträfliche Unsitte von Soldaten, bei jedem geringsten Streite die Feuerwaffe zu gebrauchen, beherrscht immer noch die Straßen Berlins. So wurde gestern wieder ohne jeden Grund in der Grenadierstraße, an der Münzstraße, in die Menge geschossen. Fünf Sicherheitsmänner verfolgten einen Mann, der Passanten gegen die Juden aufgehetzt haben soll. Plötzlich forderten sie die Menge auf, davon zu gehen, als aber auch schon eine Salve folgte. Sie ging in die Luft, die zweite forderte einen völlig Unbeteiligten, anscheinend Kriegsverletzten, der sich nicht schnell genug entfernen konnte, als Opfer.

Der gesunde Mensch vermag wirklich nicht einzusehen, warum in derartigen harmlosen Fällen geschossen werden muß. Es ist nur zu erklären aus der durch den Krieg erzeugten Nervosität. Waffentragende Sicherheitsorgane dürfen aber nicht nervös sein.

Für Kriegsbeschädigte kein Versammlungsrecht!

Am Montag ist abermals eine Versammlung des Internationalen Bundes für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene gewaltsam verhindert worden. Als die Eingeladenen vor dem Versammlungsraum, vor der Oberrealschule am Hindenburgpark in Wilmersdorf erschienen, fanden sie die Türen verschlossen. Sie versammelten sich dann auf dem Gelände des Stadtparks und gingen nach einer kurzen Ansprache ruhig und friedlich auseinander. Bald danach erschien ein Auto mit bis an die Zähne bewaffneten Regierungssoldaten, welche sofort die Straße absperrten, ein schweres M.-G. in Stellung brachten und Stacheldraht abluden, also alle Vorbereitungen zum Kampf trafen. Wegen Friedfertigkeit der anderen Seite kam indessen kein Gefecht zustande. Das Polizeipräsidium hatte es nicht einmal für nötig gehalten, dem Einberufer mitzuteilen, daß die Versammlung verboten ist. Es handelt sich ja bloß um Kriegsbeschädigte, die ihre Gesundheit dem Kriege geopfert haben. Mit ihnen macht man nicht viel Umstände. Das ist der Dank der Regierung.

Ein Mord. Gestern morgen ist im Hause Reichenberger Straße 141, der 34 Jahre alte Fischhändler Friedrich Günther ermordet worden. Seine Verkäuferin, die Witwe Elisabeth Mrzyk, wurde lebensgefährlich verletzt. Der Täter ist noch unbekannt. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt. Er soll ein 32 bis 35 Jahre alter, etwa 1,86 Meter großer Mann mit dunklem Jakettanzug und dunklem, anscheinend weichem Hut sein. Er muß sich bei der Tat selbst mit Blut befleckt haben. Durch die rasche Entdeckung des Verbrechens hat er auch keine Zeit mehr gefunden, sich vom Blute zu reinigen. Ebenso scheint er nicht dazu gekommen zu sein, sich irgendwelche Wertgegenstände anzueignen. Denn geraubt worden ist, wie die Feststellungen ergeben haben, nichts.

Schokolade für Kinder. Die Stadt Berlin gewährt den Kindern, die in der Zeit vom 1. September 1914 bis 1. September 1918 geboren sind, einmalig je etwa 100 Gramm Schokolade in Tafeln und 125 Gramm Kakaopulver, und zwar auf Grund von Bezugsscheinen, die von den Brotkommissionen vom 10. bis 15. Juli abzuholen sind. Die Anmeldung hat bis zum 18. Juli zu geschehen. Die Ausgabe der Schokolade und des Kakaopulvers für die vier Jahrgänge erfolgt vom 28. Juli bis 5. August.

Nur Baustoffe für den Kleinwohnungsbau. Der Reichskommissar für das Wohnungswesen Scheidt hat in einem neuen Erlaß die zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß die Beschränkung der Bautätigkeit auf die dringlichen Wohnungsbauten auf Grund des § 10 der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 ohne weiteres möglich ist, da dieser das Verbot aller nicht erforderlichen Bauten, namentlich der Luxusbauten, enthält.

Reisegepäck-Versicherung. Von vielen Unternehmern wird dem reisenden Publikum jetzt eine Versicherung ihres Reisegepäcks angeboten. Da bei vielen dieser Firmen die Angestellten in erschreckend kläglicher Weise entlohnt werden, möchten wir das reisende Publikum, insbesondere alle organisierten Arbeiter und Angestellten, darauf hinweisen, daß die Europäische Güter- und Reisegepäck-Versicherungs-Akt.-Ges., die in Verbindung mit der Eisenbahndirektion Reisegepäckversicherungen auf jedem Bahnhof abschließt, den kürzlich zwischen den freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisationen und dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Reichstarifvertrag für die Angestellten der privaten Versicherungs-Unternehmungen anerkannt hat. Die Angestellten dieses Unternehmens erhalten eine einigermaßen auskömmliche und vor allen Dingen geregelte Entlohnung.

Landaufenthalt der Schulkinder. Die Ferienzüge für die Schulkinder, die das Glück haben, die Ferien auf dem Lande verleben zu können, gehen in den nächsten Tagen ab. Die Kinder versammeln sich 2 Stunden vor Abgang des Zuges (Stettiner Bahnhof) auf dem Hofe der 120. Gemeindeschule, Gartenstr. 107 a. 10. 7. „Johann": Fischhausen—Labiau—Niederung, Abf. 9,45 Uhr vorm. 11. 7. „Max": Königsberg—Insterburg—Tilsit—Elbing, Abf. 9,45 Uhr vorm. 15. 7. „Paul": Ortelsburg—Lötzen. Abf. 12 Uhr vorm. 16. 7. „Xaver": Braunsberg—Friedland—Lyck Abf. 9,45 Uhr vorm. 17. 7. „Quintilius": Mohrungen—Rössel—Gerdauen—Goldap—Stallupönen Abf. 12 Uhr vorm.

Möbel für Bedürftige. In den Räumen der Zuckerversorgungsstelle, Kommandantenstr. 80/81 besteht eine Abteilung zur Linderung der Möbelnot, die an Bedürftige eine Einrichtung, bestehend aus Stube und Küche zum Preise von 1825 Mark abgibt. Teilzahlung ist gestattet. Die Möbel sind im Stadthaus zu besichtigen. Eine Bescheinigung des Bezirksvorstehers über die Einkommensverhältnisse, Ehe- und Mietskontrakt sind bei der Zuckerversorgungsstelle vorzulegen; solange sich die Preise auf dem freien Möbelmarkt und im Althandel nicht wesentlich senken, wird diese Maßnahme bestehen bleiben.

50-Pfennig-Scheine. Die von der Stadt Berlin in letzter Zeit in Umlauf gesetzten 50-Pfennig-Scheine tragen neben der Nummer die Buchstaben A oder B.

Quittung.

Für die Revolutionsopfer gingen bei dem Unterzeichneten ein: Von den Arbeitern der Firma Ehrich u. Graetz: 1. Rate 493,95 M., 2. Rate 1146,45 M., 3. Rate 655,25 M.

Das Unterstützungskomitee.
J. A.: Adolf Baer.

Um weitere Sendungen wird gebeten.

Aus dem Gemeindeleben.

Nieder-Schönhausen. In der letzten Gemeindevertretersitzung verurteilten unsere Genossen die Vorausbezahlung des Gehalts an die Beamten mit Rücksicht auf zu erwartende Streiks. Die Rechtssozialisten erklärten sich mit der Gehaltszahlung einverstanden. Bei der Beratung über eine Entschuldungssumme in Höhe von 168 000 Mark für die Beamten und Lehrer verlangten unsere Genossen die erforderlichen Unterlagen. Auch hiergegen wandten sich die Rechtssozialisten. Unser Antrag auf Errichtung eines Gemeindespielplatzes wurde der Baukommission überwiesen. Von den zu errichtenden Siedlungsbauten an der Schönhauser Heide soll die Hälfte Kriegsbeschädigten überlassen werden. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde die Anstellung eines Beamten auf Lebenszeit beschlossen, trotzdem der Bürgermeister auf die bevorstehende Eingemeindung hingewiesen hatte. Die Rechtssozialisten gaben hierbei den Ausschlag. Ebenso wurde mit ihrer Hilfe beschlossen, daß der bürgerliche Schöffe Sörger im Amte verbleiben soll, bis der 6. Schöffe gewählt ist.

Mariendorf. In der Gemeindevertretersitzung am 8. Juli wurde beschlossen, für die Gemeinde einen Zuschlag zur Wertzuwachssteuer zu erheben. Die Zahl der Freistellen am Gymnasium wurden von 10 auf 15 Prozent erhöht. In den Ausschuß für die Eingemeindung Groß-Berlins wurden unsere Genossen Richter und Küter gewählt. Den Holzarbeitern der Gemeinde wurde eine Zulage von 40 Pf. ab 1. April und von weiteren 10 Pf. ab 1. Mai bewilligt. Die Forderungen der Beamten auf eine Entschuldungssumme von 1000 M. für Ledige, 1200 M. für Verheiratete und 200 M. für jedes Kind wurde dem Etat- und Finanzausschuß überwiesen. Genosse Küter kritisierte zum Schluß, daß die von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division mit Beschlag belegten Schulräume noch nicht geräumt seien, obwohl es an Klassenzimmern für die Schüler mangele.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Käseverteilung: Bis Sonnabend in den Bezirken der 123., 124., 127., 128., 130., 131., 132., 135., 196., 226. und 229. Brotkommission.

Pankow. Vom Mittwoch ab 150 Gramm Graupen (43).

Spandau. Ab Freitag 50 Gramm Auslandsschmalz (37). Ab Sonnabend 70 Gramm Margarine. Ab Freitag ½ Pfund amerikanisches Weizenmehl (39).

Tempelhof. 1 Pfund Kartoffeln (28a). Als Ersatz für die fehlende Kartoffelmenge 750 Gramm Brot (50) und 150 Gramm Kartoffelpräparate (51). 500 Gramm Küchenmehl (42). 125 Gramm Reis (48). Im Monat Juli für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre 1 Pfund Haferflocken, 5 Pakete Keks, 125 Gramm Reis; für hoffende und stillende Mütter 1 Pfd. Grieß, 1 Pfd. ukr. Mehl, 125 Gramm Reis. Je 125 Gramm Reis, Hafernährmittel und Grieß (39, 40 und 41) für Jugendliche. 250 Gramm Marmelade (35), je 250 Gramm ausl. Weizenmehl (V 7, W 8). 360 Gramm Heringe (32). Anmeldung oder Verkauf vom 9.—11. Juli. 50 Gramm Margarine (X 8).

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis. 5. Abteilung. Zahlabend, Mittwoch, den 9. Juli, 7 Uhr abends, in der Schulaula Tempelhofer Ufer 2, mit Vortrag des Gen. Goß. Abteilungsführer E. Bongin.

Fünfter Kreis. 4., 5. und 6. Abt. Zahlabend, Mittwoch, den 9. Juli, abends 7 Uhr, Kl. Augustſtr. 14. Vortrag des Gen. Dr. Rosenberg: Die Kirche als Feind des Proletariats. Die Abteilungsführer.

Sechster Wahlkreis. 11. Abteilung. Heute abend Mitgliederversammlung in der Schulaula Pflugstr. 12. Zahlabend am Mittwoch den 16. d. M.

Adlershof. Mittwoch in den bekannten Lokalen um 7 Uhr Zahlabend.

Buch. Donnerstag Zahlabend im Lokal von Schulpig (früher Rostock), Park-, Ecke Schönower-Straße, abends 8 Uhr.

Charlottenburg. 8. Gruppe. Heute 7 Uhr Zahlabend bei Lahmann, Wittenbergplatz 3.

Lichterfelde. Donnerstag abend 7½ Uhr, bei Littschwager (früher Erpel), Berliner Straße, Zahl- und Diskutierabend.

Bildungsausschuß Neukölln. Donnerstag, den 17. Juli, 8 Uhr, im Saale der Kindl-Brauerei, Hermannstraße. Vortrag von Frau Dr. Paula Lüth über „Die menschliche Ernährung im Lichte der Chemie". Eintrittskarten zum Preise von 50 Pfg. im Bureau und bei den Mitgliedern des Bildungsausschusses.

Neukölln. Bezirksbassierer, heute abend Material im ... abheben.

Oberschöneweide. Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr, Zahlabend in den bekannten Lokalen.

Königswusterhausen[?]. Zahlabend am Donnerstag abend 8 Uhr im ... von August Adomeit, Kaiser-Friedrich-Straße 1.

Steglitz. Mittwoch abend ½8 Uhr Bezirksversammlungen: 1. Bezirk bei Schmidt, Schloßstr. 68. 2. Bezirk bei Rouge, ...straße 4. 3. Bezirk bei Burmeister, Holsteinische Str. 38. 4. Bezirk bei Schmidt, Schönhauser Str. 21. 5. Bezirk bei Krüger, ...straße 6. 7. Bezirk bei Rohde, Mariendorfer Str. 19. — Der 6. Bezirk hält seine Bezirksversammlung am Donnerstag abend ½8 Uhr im Lokal von Thiel, Albrechtstr. 87, ab.

Wilmersdorf. Mittwoch abend 7½ Uhr vier Abteilungsversammlungen, und zwar im Restaurant Gösche, Paulsborner Str. ..., Restaurant Gröschke, Kaiserallee 200, Restaurant Schilling, ...burger Str. 21, und Restaurant Maurer, Durlacher Str. 7.

Zeuthen-Miersdorf. Heute abend 8 Uhr Zahlabend bei Fr. Krüger, Miersdorf.

Briefkasten.

Pachnicke, Wildau. Betrag eingegangen. Quittung erfolgt demnächst.

M. B. Charlottenburg. Im Augenblick möchten wir eine Auswanderung nach Kurland nicht empfehlen. Wir raten Ihnen, mit der Ausführung Ihrer Absicht noch zu warten, bis die Verhältnisse sich geklärt haben.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rabold, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm ...

Vereinskalender.

Frauen-Versammlung. Mittwoch, den 9. Juli 1919, abends 7 Uhr findet in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Vortrag über die Frau in der modernen Ehe.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche im Einzelhandel. Die für Mittwoch, den 9. Juli, angesetzte Branchenversammlung findet infolge des Verkehrsstreiks nicht statt.

Arbeitnehmerbund der chemischen Industrie Deutschlands. Mittwoch, 7½ Uhr abends, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. ... Bundesversammlung.

Jugendliche Betriebsvertrauensleute! Am 10. Juli, abends ½8 Uhr Vollversammlung im Jugendsekretariat.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Charlottenburg. Die Mitglieder werden ersucht, zum Donnerstag abend 6 Uhr Eintrittskarten für das Deutsche Opernhaus in der Geschäftsstelle, Wilhelmsplatz[?] 1, abzuholen. Rechtsauskunft Montag und Donnerstag von 3—7 Uhr.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Reinickendorf-West. Freitag, den 11. Juli, abends 7½ Uhr, bei Marks, Scharnweberstr. 67, Versammlung. Mitgliedsbuch mitbringen. Gäste willkommen.

Schülerräte. Zusammenkunft Mittwoch, 9. Juli, abends 7½ Uhr im Jugendsekretariat, Berlin, Schicklerstr. 5/6.

Schüler-Räte der Fach- und Fortbildungsschulen! Am 9. Juli abends 7½, Versammlung im Jugendsekretariat.

Arbeitslose Lichtenbergs, welche die Unterstützung bei den Gewerkschaften beziehen, melden sich bis Sonnabend mittag beim Arbeitslosenrat Lichtenberg, Marktstr. 10/11.

Mieterschutzverein Virchow-Viertel. (Gruppe des Mieterbundes Groß-Berlin.) Geschäftsstunden Montag und Donnerstag von 7—9 Uhr im Lokal von Adolf Preschel, Samoa-Straße, Ecke Kiautschou-Straße. Auskunft in allen Wohnungsangelegenheiten für Mitglieder und Neueintretende wird bereitwillig erteilt. Plakate! Organisations-Material für Hausagitationen steht Interessenten kostenlos zur Verfügung. Bei Hausversammlungen wird der Referent vom Bezirk gestellt. Der Vorstand.

Mieter-Versammlung. Mittwoch abend 7½ Uhr Aula Dolziger Straße 22, Mieterbund. Die Regierung schützt die Hausagrarier.

Arbeiter-Wanderb. „Naturfreunde", Groß-Berlin. 19. Juli, nachmittags 5, 6 und 7 Uhr, Besichtigung der Ausstellung soz. Kunst (Baugewerkschule, Kurfürstenstr. 141) unter Führung.

K. P. D.-Arbeiterräte. Am Donnerstag, den 10. Juli 1919, findet eine Fraktionssitzung statt. Ort und Zeit sind beim Bezirksführer zu erfahren.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Pianos vorzügliche neue aus gutem Material, gute gebrauchte, wenig gespielte Pianos in großer Auswahl verkauft nur gegen Barzahlung, daher mäßige Preise. **Max Becker, Andreasstraße 47.**

Mandoline, Laute, Gitarre Wandermandoline 45.—, erstkl. 85.-, Konzertlaute 125.—, 145.-, (Unterricht 6.—, Monatsabonnement, evtl. 10 ständige Schnellkurse), Künstlervioline mit Zubehör 125.—, Konzertgeige 65.—. Ernst, Oranienstr. 166 II.

Piano und Flügel Harmonium neue, gebrauchte, sehr preiswert. Seydlier, Oranienplatz 21

Küchen, moderne, mit, ohne Anrichte, roh, gestrichen. Riesen-Auswahl, enorm preiswert. Himmel, Lothringer Str. 22.

Küche, Stubenmöbel, Wahnig, SW 29, Chamissoplatz 4.

Bettbezüge, Laken Inlett, Tischtücher, Servietten, billig. Richardt, Warschauer Str. 80.

Teppich- u. Gardinen-Gelegenheitskäufe. Zehdenicker Straße 15 (Rosenthaler Platz). Große Auswahl in Tüllbettdecken, Tisch- und Divandecken, Steppdecken, Stores, Portieren, Zuggardinen, Wanddekorationen, Bettvorlagen, Teppichen, Läuferstoffen und dergl., preiswert.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an. Moicke, Auguststraße 32 a, Quergeb. parterre.

Metallbetten, Auflagematratzen, Patentmatratzen, Chaiselongues, Umbausofas Tapezierer Walter, Stargarder Straße 18.

Holzräder aller Größen, Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weidlich, Brunnenstraße 96, Nord. 5684.

Hobelbank mit Werkzeug, Sportwagen, fast neu, Gummiräder, Wringmaschine zu verkaufen. Geppert, Eisenbahnstraße 31.

Anzug und Paletot, neu, mittelgroß, verkauft Schmidt, Brüsseler Straße 36, 5—7 Uhr.

1 Paar gute Damenschnürstiefel, Größe 37 bis 37½, aus Privathand zu verkaufen. Wilmersdorf, Bernhardstr. 13, V. Et.

Tausche oder verkaufe neuen Anzug nebst Ulster gegen gut erhaltenes Damenrad. Wagner, Nordufer 4 b, Seitenfl. 1 Tr., von 4—6 Uhr.

Kaufgesuche

Kupfer sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen „Metallschmelze Cohn" Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Platin! Silber! zu Original-Schmelzpreisen kauft **Metallschmelze Cohn,** Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Messing Quecksilber! Zinn! Sämtliche Metallabfälle! Platin! Gold! Silber! Zahngebisse! kauft zu Fabrikpreisen! **Metallschmelze Baruch** Pennstr. 48.

Quecksilber Platin! Zahngebisse! Silber! Kupfer! etc., kauft zu Selbstverbrauch-Preisen „Metallschmelze Baruch" PENNSTRASSE 48

Metallschmelze, Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Platinabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen kauft Christonat, Reichenberger Str. 22 (Kottbuser Tor).

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft Zweig, Invalidenstraße 142, Telephon: Norden 9649.

Metallabfälle kauft regelmäßig, Lichtenberg, Pfarrstr. 46.

Altmetalle! Quecksilber! sämtliche Edelmetalle jedes Quantum kauft Metalleinkaufs-Centrale Neanderstr. 15, Teleph. Moritzplatz 667. Händler, Fabrikanten Engrospreise.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Elektrische Leitungsdrähte, Installationsmaterial kauft **Ruschkowsky,** Türkenstr. 18 II. Moabit 1065.

Elektrische Leitungsdrähte kauft zu höchsten Preisen, auch Reste, Ringel, Berlin N., Borsigstr. 32 a.

Leitungsdrähte, Litzen, Kabel, kauft jedes Quantum höchstzahlend Grossfeld, Kottbuser Str. 21, Mpl. 4016.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Glühlampen, Elektromotoren, Installations-Materialien, Werkzeuge, Meßinstrumente, kauft ständig Noster, jetzt nur Brückenstraße 15 a, Moritzplatz 8710.

Boschkerzen kauft dringend **Rudner,** Lessingstraße 19. 4—6.

Boschmagnete, neue Boschkerzen, kauft Meyerfiliale Zehdenicker Str. 12 a. (4—7.)

Silber, Gold, Platin, Münzen kauft zu den höchsten Tagespreisen. Renovierungsanstalt für Gold- und Silberwaren, Dorotheenstr. 80.

Gold, Silber und Platin kauft höchstzahlend A. Backhaus, Badstr. 52. Uhrenladen.

Platinankauf Silberabfälle, Goldabfälle, Zahngebisse, Münzen kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 54 v. II.

Platinankauf Silberabfälle, Zahngebisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau Linke, Blücherstr. 40.

Platinabfälle! Goldbruch, Silberbruch, Silberlote, Quecksilber, Zahngebisse, Kupferabfälle, Messingabfälle, Nickel, Aluminium, Zinn, Zink, Blei kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Neanderstraße 15, Moritzplatz 667. Händler, Fabrikanten Engrospreise.

Platinabfälle!! Zahngebisse! Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, Glühstrumpfasche, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31 (Alexander 4240).

Weiße Damenschuhe, halb od. hoch, Größe 39 od. 40, zu kaufen gesucht. Angebote unt. „B. 5" an die Exped. d. Bl.

Ankleideschrank und Waschkommode zu kaufen gesucht. Bak, Zionskirchplatz 1

Möbel, Teppiche kauft Vogel, Ackerstr. 38, Postkarte.

Kaufe **Wein- und Sektkorke** jeden Posten zu guten Preisen. R. Nachemstein, G. m. b. H., Charlottenbg., Windscheidstr. 5

Leinölfirnis Standöl, Lacke, Bleiweiß, Schellack usw. kaufen jeden Posten Gebrüder Borowski, Oranienstr. 3 (Hallesch. Tor) Nollendorf 2379.

Frauenhaar, ausgekämmtes kauft Mirbachstr. 59 ptr.

Pfandscheine, Wertsachen beleiht und kauft Nosek, Rustenburger Str. 4, Bahnhof Weissensee.

Werkzeuge und Maschinen

Elektromotore Gleichstrom, Drehstrom kauft, tauscht, verkauft **J. Schönberger** Elektro-Industrie Blumenstr. 100. Alex. 1723

Schnellaufbohrer, neue, kauft laufend und zahlt höchste Preise. Stüber, Pankow, Westerlandstr. 18.

Spiralbohrer, nur neue, Schmirgelleinen jeden Posten kauft Henschel, Rostocker Straße 22, Moabit.

Spiralbohrer, neu, Schmirgelleinen, Schreibmaschinen jeden Posten kauft Zimmer, Moabit, Wittstocker Str. 19, Quergeb. I

Spiralbohrer, neue, kauft höchstzahlend, Bethke, Nazarethkirchstr. 52.

Spiralbohrer, konische, kauft höchstzahlend Winkelmann, Maschinenfabrik, Schönhauser Allee 167 a.

Spiralbohrer, konische, große Posten kauft Marten, Löwestr. 2 III.

Verschiedenes

Rechts-Auskunftei, Invalidenstraße 134. Strafsachen, Ehesachen, Alimenten-, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Rechtsrat! v. Hanstätter, Gartenstraße 11 (Stettiner Bahnhof) Vertretung vor allen, auch auswärtigen Gerichten, Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen! Gnadengesuche. Beste Erfolge: 6 Monate 7 Wochen Gefängnis erlassen! Erfolgreiche Haftentlassungs-Gesuche. Blaue Ausfertigungen. Ratserteilung umsonst. Auch Sonntag vormittags.

Adalbertstr. 3 (Hausnummer beachten!) ist die Rechtsdetektei „Wahrheit". Ehescheidungen! Strafsachen! Rechtserfolge! Detektivtreffer!

Detektivbureau. Beobachtungen, Ermittlungen, Ehescheidungen, Kreditauskünfte billigst. Adalbertstrasse 4

Landrichter außerdienstlich, Prozeßführung, Rechtsbeistand, Ermittelungen, Rat kostenlos. Lothringer Str. 47 (Rosenthaler Tor).

Zahle Provision für den Nachweis elektr. Installationsarbeiten NW. 52, Paulstraße 10. Telephon: Moabit 9190.

Kriegsanleihe, Auslandspapiere, Pfandscheine, Forderungen beleiht, kauft Beleihungsstelle für Wertpapiere Holzmarktstr. 69/70.

Damenfrisieren, leichte Ondulliermethode, Tages- und Abendkurse, Haartechnische Werke, Bülowstr. 94.

Neptunkitt kittet alles, garantiert wasserfest. Tube 1,— M. Wiederverkäufer gesucht. Schröder, Novalisstr. 8

Laden mit Nebenräumen in der Nähe des Andreasplatzes **sofort zu mieten gesucht für Zeitungs-Ausgabestelle.** Offert. unt. B. 4 an die Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., NW. 6, Schiffbauerdamm 19, erbeten.

Nähmaschinen Reparaturen billig. Postkarte. Kleiner, Erasmusstraße 1, Tel. Moabit 145. Gebrauchte Maschinen sehr preiswert.

Hautjucken! bes. in d. Bettwärme so lästig, Kratzen reizend, rote Punkte, kl. wässerige Bläschen, Krätze heilt vorzüglich Schanz Hautausschlagsalbe. 2 Töpfe (zu einer Kur unbedingt erforderl.) 6 M. Glänz. Heilberichte. Versand per Nachn. nur durch Apotheker Schanz, Einsiedel bei Chemnitz i. Sa. 28.

Hilfsbuch für Uhrmacher M. 5.—. Reparatur v. Taschenuhren 6,50. Der Kronenaufzug 2,80. Chem. techn. Rezeptbuch f. Uhrmacher 5,60. Repassage der Zylinderuhr 7,75. Fachzeichnen d. Uhrmachers 6,55. Uhrmacher-Gehilfenprüfung 3,50. Handbuch f. Uhrmacher 15,75. Lehrbuch d. Optik 17,20. Der Galvanotechniker 9,30. Der Feingehalt der Gold- und Silberwaren 3,25. Rechenhelfer 4,70. Lohnrechner 2,—. Buchführung 5,75. Richtig Deutsch 5,75. Französisch 5,75. Englisch 5,75. Polnisch 5,75. Rechtschreibung (Duden) 7,15. Fremdwörterbuch 5,75. Rechtsformularbuch 5,75. Rechnen 5,75. Geschäfts- und Privatbriefsteller 5,50. Guter Ton und feine Sitte 5,75. Tanzlehrbuch 3,35. Gabe der gewandten Unterhaltung 3,20. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln 15,—. Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft 13,35. Gegen Nachnahme L. Schwarz & Comp. Verlagsbuchhandlung, Berlin S. 14 8, Annenstr. 24.

Wie ein Wunder beseitigt San.-Rat Dr. Strahls **Haussalbe** jed. Hautausschlag, Flechten, Hautjucken, bes. Beinschäd. Krampfadern der Frauen u. dgl. In Originaldos. Mk. 4,50 u. Mk. 7,80 erhältlich in der Elefanten-Apotheke BERLIN SW 19 / 324.

Stotterer! Vorsicht bei Anwendung von Heilmethoden. Gewissenhafte, fachmännische Auskunft erteilt kostenlos G. Naeckel, Neukölln, Neckarstr. 5. Sprechst. 3—5, Prosp. frei.

Wie ich meine **Tätowierung** schmerzl. ohne Stechen, Schneid. narbenfrei selbst entfernte, Prospekt gratis Sprechst. 3—7, Sonnt. 9—12. **Nitschke,** Charlottenburg, Kantstraße 60, nahe Bahnhof.

Brunnenbauges. Kersten & Co., Gaudystr. 18, Abessinierkesselbrunnen, Tiefbohrungen, Brunnenreparat., gut, billig.

Den Verdacht, den ich gegen Herrn Fritz Schulze ausgesprochen habe, nehme hiermit unter Bedauern zurück. Zeuthen i. Mark. Herm. Gasch.

Spezialarzt Dr. med. Geyer, Haut-, Frauenleiden. Behandlung schmerzlos ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Teilzahlung. Friedrichstr. 131 (a. d. Karlstr.) Spr. 10-1, 5-8.

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11—1 und 5—7 Uhr Potsdamer Str. 27 b.

Spezial-Arzt Dr. med. Grütering ... **Invalidenstraße 35,** E. Chausseestr. a. Stett. Bhf. 11-1, 4½-6½, Sonntags 11-12.

Facharzt für Haut-Harn-Frauenleiden, Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Befreiung v. anstockenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Ritters Heilanstalt Potsdamer Str. 27 b 11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Tiermarkt

Ankauf und Verkauf ... Rassehunde, Hundezentrale ...

Kranke Ziegen[?] Kaninchen, Geflügel ... erfolgreichste Spezialrezepte ... -Vergiften ... nur persönl. nach ... Mäßiges Honorar[?] Tierarzt ... Lübbener Str. 20, a. ... Tor. 8—10, 2—4 ...

Kaninchen, ... Auswahl, verkauft ... Landsberger Straße ...

Schäferhund[?] junger, vorzügl. ... verkauft billig ... sander Str. 25, 6—8

Arbeitsmarkt

Sichere Existenz ... maschinen- u. Fahrrad-Reparatur-Werkstatt ... bei hohem Verdienst ... zu übernehmen. ... Brandt, Stargarder ...

Schwellenb... sucht Phillipp Holzmann[?] Akt.-Gesellsch. ... Jagen 54 des ...

Löterinnen ... Sachen. Adressen ... an Rosenkranz, ...

In den nachstehenden Speditionen werden Botenfrauen eingestellt:

Berlin
Girschner, Gitschiner Straße 92, Steinmetzstr. 23, Hackebarth, Michael...

Potsdam
Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.

Wilmersdorf
Denecke, Augustastraße 60.

Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31.